

Sozialistische Arbeiterzeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Polizei-Aktion gegen KPD In ganz Preußen Haussuchungen bei Rotsport und Antifa

Severing in seinem Element

Berlin, den 19. April 1932

B. S. Auf Veranlassung des Preussischen Innenministeriums fand heute in ganz Preußen eine polizeiliche Aktion gegen kommunistische Organisationen statt, die nach Ansicht der Behörden eine Fortführung des vor zwei Jahren verbotenen Rotfrontkämpferbundes darstellen.

In Berlin wurden an etwa 30 verschiedenen Stellen die Räume der kommunistischen Organisationen von starken Polizeikräften besetzt und eine Durchsuchung der Büros vorgenommen, wobei zahlreiches Material beschlagnahmt und sichergestellt wurde.

Die Polizeiaktion, die noch im Gange ist, richtet sich hauptsächlich gegen die Organisation der sogenannten Antifaschistischen Garde (Antifa), die als Schutzorganisation gegen den Faschismus seit längerer Zeit aufgezogen ist, und deren Häuser- und Betriebsstaffeln bei kommunistischen Demonstrationen, so erst kürzlich bei der Reichspräsidentenwahl, im Lustgarten mit aufmarschiert waren. Des weiteren erstreckten sich die Haussuchungen auf kommunistisch eingestellte Arbeitersportorganisationen, die Verbände der sogenannten Roten Sportler, die in der „Kampfgenossenschaft für rote Sporteinheit“ zusammengefaßt sind. Hier war es hauptsächlich der Arbeiterschützenbund, der die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich lenkte, weil die Schießübungen von der Organisation als „Wehrsport“ bezeichnet werden. Die Polizei hat den Verdacht, daß es sich um eine militärische Formation handelt, während von der Organisation selbst behauptet wird, daß man lediglich reinen Schießsport betreibt und sämtliche Schießstände polizeilich gemeldet und bekannt seien.

Was soll diese ganze, breit angelegte Aktion in diesem Augenblick? Offenbar kann sie nur den Zweck verfolgen, der Bourgeoisie einen neuen Beweis für die Zuverlässigkeit der in Preußen um ihre „Machtpositionen“ kämpfenden Sozialdemokratie zu erbringen. Das ergibt sich schon aus der mehr als verlegenen Begründung des Vorgehens, wonach in den verfolgten kommunistischen Organisationen eine Fortführung des verbotenen Rotfrontkämpferbundes zu erblicken sei. Diese Erkenntnis kommt zumindest recht spät und in einem sehr eigenartigen Moment. Preußen steht unmittelbar vor einer Wahl, und wie die SPD, so setzt natürlich auch die KPD alle ihre Nebenorganisationen in diesem Kampfe ein. Offenbar empfindet die SPD diese Wahlhilfe jetzt um so unangenehmer, als ihr die zu gleichem Zwecke gebildete „Eiserne Front“ nach der freiwilligen Selbstentleerung des Reichsbanners nicht mehr in demselben Maße zur Verfügung steht, das man ihr für die Propagierung Hindenburgs sehr gern gestattete.

Darüber hinaus besteht zwischen dieser Aktion und dem Brief Hindenburgs, der die Auflösung des Reichsbanners fordert, noch ein weiterer Zusammenhang: wie Höldermann, der Vorsitzende des Reichsbanners, seine Organisation vor einem endgültigen Verbot nur dadurch bewahren zu können hofft, daß er immer und immer wieder auf die positive Einstellung des Reichsbanners zum kapitalistischen Staat verweist, ihm also jeden prole-

tarischen Klassencharakter abspricht, ebenso beflößigt sich Severing, diese rein staatspolitische, jedem Klassengedanken abholde Einstellung unter Beweis zu stellen, um so auch zu seinem Teil dazu beizutragen, allen Verdächtigungen von der rechten Seite jeden Vorwand zu nehmen.

Aber es ist doch ein gefährlicher Weg, den Severing geht. Nicht, weil er befürchten mußte, daß die Polizei in einem solchen Falle nicht funktioniert. Diese wird — dafür bürgt ihre Zusammensetzung — die ihr erteilten Befehle sogar mit einer gewissen Berufsfreudigkeit durchführen, die ansonsten — wenn es sich beispielsweise um eine Aktion gegen die

Nationalsozialisten handelte — kaum festzustellen sein würde. Von dieser Seite also droht keine Gefahr. Wohl aber von einer anderen: Severing Tage als preussischer Innenminister scheinen nach aller menschlichen Voraussicht sehr bald zur Neige zu gehen. Ein anderer wird an seine Stelle treten, und dieser andere könnte dann mit der gleichen Motivierung, wie Severing heute gegen Rotsport und Antifa, morgen gegen alle anderen Arbeiterorganisationen vorgehen. Dieser Nachfolger braucht keineswegs Hitler zu heißen, aber er könnte ausführen, was ein Hitler und mit ihm das Unternehmertum will.

Arbeiter, gebt hierauf die Antwort, wählt am Sonntag in Preußen die

Liste 18

In den nächsten Tagen

Höchste Kraftentfaltung

Nur noch wenige Tage trennen uns vom Wahltag. Die Sozialistische Arbeiterpartei hat im Wahlkampf einen außergewöhnlich schweren Stand. Ihr fehlt als junge Partei der ausgebaute, für einen solchen Wahlkampf notwendige Organisationsapparat. Ihr stehen Parteien gegenüber, die riesige Finanzmittel zur Verfügung haben und dementsprechend in der Presse, riesigen Plakaten, Massenflugblättern die öffentliche Propaganda beherrschen.

Demgegenüber müssen wir unsere schwachen Kräfte mit verdoppelter, verzehnfachter Energie einsetzen. Hier darf in diesen Tagen kein einziges Parteimitglied zurückstehen.

Gewiß sehen wir als revolutionäre Partei die Entscheidung nicht beim Stimmzettel, nicht im Parlament, sondern im außerparlamentarischen Massenkampf. Aber jeder Genosse muß wissen:

Je größer die Stimmzahl am 24. April, je größer die Werbekraft unserer Partei für die kommenden Kämpfe.

Das Wichtigste in diesem Wahlkampf ist, daß unsere Auffassungen möglichst großen Teilen der Arbeiterschaft, der ganzen schaffenden Bevölkerung bekannt werden. Wen sollen wir wählen? Das fragen heute Millionen von Proletariern, Kleinbauern und Mittelständlern. Sie wissen längst, daß sie von den alten bürgerlich-kapitalistischen Parteien nichts gutes zu erwarten haben. Sie sind aber auch aufs schwerste enttäuscht von der SPD, die sie so oft betrogen hat. Andererseits hat ihnen die mit leeren Phrasen erfüllte und von einem Extrem ins andere fallende Politik der KPD jeden Glauben an

„Prolet greif zu!“

Broschüre, 24 Seiten, mit werbekräftigem Titelbild, 15 Pf.

diese Partei genommen. Viele so Enttäuschte laufen dem schlimmsten Feind der Arbeiterklasse, dem Hitler-Faschismus, ins Garn.

Hier ist unsere Hauptaufgabe im Wahlkampf. Der Stoß unserer Propaganda- und Aufklärungsarbeit, wie unseres ganzen Kampfes, muß sich richten

gegen den Faschismus

Der Faschismus kann aber nur geschlagen werden, wenn den Massen ein gangbarer Weg aus Not und Elend gezeigt wird. Daß das nicht mit den Mitteln der SPD-Politik möglich ist, beweist die Geschichte der letzten 14 Jahre.

Kein Arbeiter kann für die SPD eintreten

Aber auch die KPD hat in der ihr gestellten Aufgabe völlig versagt. Sie hat mit ihrer RGO-Politik zur Spaltung der Gewerkschaften beigetragen, hat mit ihren Sonderaktionen die Arbeiter nur in Niederlagen geführt und mit ihrem Nationalismus die Arbeiter verwirrt und Hitler in die Arme getrieben. So ist

die KPD schuld an der Aktionsuntätigkeit der Arbeiterklasse gegenüber Lohnraub und Faschismus.

Demgegenüber hat sich die SAP die Aufgabe gestellt, die Einheit der Arbeiterklasse wiederherzustellen.

Parteilose, kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter müssen zusammengehen

zum gemeinsamen Kampf.

Dafür kämpft die SAP. Sie will dem Faschismus den einheitlichen Arbeiterblock entgegenstellen.

Diese Lösung muß beim Wahlkampf in alle Arbeiterkreise getragen werden. Jeder Proletarier muß wissen, daß er die einheitliche Arbeiterfront nur erreichen kann, wenn er mit der SAP kämpft, wenn er am 24. April das in Preußen zum Ausdruck durch Wahl der

Liste 18

Die Haussuchungen im Reich

TU. Berlin, 19. April 1932.

Die vom preussischen Innenministerium angeordneten Haussuchungen bei kommunistischen Organisationen haben — soweit bisher Meldungen vorliegen — zu keinen Zwischenfällen geführt. Aus Breslau, Hannover und Görlitz wird amtlich gemeldet, daß sie ergebnislos waren. In Magdeburg war die Ausbeute sehr gering. Waffen wurden nicht gefunden. Das Ergebnis von Stettin, Kassel und Königsberg ist noch nicht bekannt. Das in Gleiwitz beschlagnahmte Material wurde dem Innenministerium übersandt. In Erfurt wurde eine große Anzahl von Schriften und Flugblättern beschlagnahmt.

Ende des Bergarbeiterstreiks

TU. Briix, 19. April 1932.

In der am 19. d. Mts. stattgefundenen Konferenz der Bergarbeiter empfahlen die kommunistischen Berichterstatter mit Rücksicht auf den Abfall des Teplitzer Reviers aus der Streikfront, am 20. April die Arbeit aufzunehmen, um eine weitere Zersplitterung zu verhüten. Es ist anzunehmen, daß die Bergarbeiter dieser Parole Folge leisten werden.

Der Vorsitzende des zentralen Streikausschusses der Bergarbeiter, Rosenbaum, wurde verhaftet.

Nationalisten stürmen ein Parlament

New York, 19. April 1932

Am Montag stürmten Angehörige der nationalistischen Partei von Portoriko das Parlamentsgebäude in San Juan. Sie drangen in das Gebäude ein, wo es im Treppenhause zu einem Handgemenge mit den Polizisten kam. Im Verlaufe des Kampfes brach ein Treppengeländer, wobei zahlreiche Personen auf den Flur hinabstürzten. Eine Person wurde getötet und 20 schwer verletzt. Der Führer der nationalistischen Partei, Albizu, der den Sturm auf das Parlamentsgebäude veranlaßt hatte, wurde verhaftet.

Der Sturm auf das Parlament galt einem vom Senat angenommenen Gesetz, das die Einführung einer neuen Flagge für Portoriko vorsieht. Die Nationalisten behaupten, daß diese Flagge ein „Wahrzeichen der Kolonisierung“ sein würde. Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses hatten Drohbriefe erhalten, in denen die Zerstörung des Parlamentsgebäudes angekündigt worden war, wenn das Gesetz zur Durchführung kommen würde.

Amerikas Kreuger-Verluste

TU. New York, 19. April 1932

Die amerikanischen Verluste durch die Betrügereien Kreugers werden auf 225 Millionen Dollar geschätzt.

Ein Schicksalstag der Gewerkschaften

Der 30. April

A. H. Am 30. April 1932 laufen 75 Prozent aller Tarife ab, die durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eine Aenderung und Regulierung erfahren haben, acht Millionen Arbeiter und Angestellte werden davon betroffen, acht Millionen, und mit ihnen die gesamte deutsche und internationale Arbeiterschaft sehen dem 30. April schweren Herzens entgegen. Es ist nicht übertrieben, wenn wir sagen, der 30. April ist ein schwarzer Tag für die deutsche Arbeiterschaft und insbesondere für die Gewerkschaften. War schon der Lohnabbau vom 8. Dezember 1931 ein Schlag für die Gewerkschaften. War schon der deutsche Grenzschutz seine Auswirkungen zeigte, so ist von besonderer Wichtigkeit und viel größerer Bedeutung für die Löhne der Gesamtarbeiterschaft im In- und Auslande die Einstellung der Gewerkschaften zum 30. April 1932. Wollen also die Gewerkschaften ihre Machtposition im Wirtschaftsleben erhalten, dann muß der Kurs geändert werden.

Um was geht es am 30. April? Neben der Neuverteilung der Lohnsätze sollen diesmal auch die Bestimmungen der Rahmentarife geändert werden. Die Forderungen der Unternehmer im Buchdruckgewerbe geben einen interessanten Ueberblick über die Kampfpläne des Unternehmertums. Typisch kennzeichnend sind auch die Angriffe auf Löhne und Tarife der Berliner Gemeindefabrikanten. Ausgerechnet Berlin, wo in den Gemeindebetrieben viele sozialdemokratische Direktoren an der Spitze stehen, macht hier den Anfang und zeigt den Unternehmern den Weg. Durch die bisherige Passivität der Gewerkschaften ermutigt, geht das Unternehmertum zum Generalangriff über.

Alle bisherigen Errungenschaften, wie laub, Arbeitszeit, übertarifliche Zulagen und viele andere Rechte sollen verschlechtert werden.

Eine Verlautbarung des Reichsarbeitsministeriums gibt darüber eine gewisse Aufklärung. Nur den wichtigsten Satz wollen wir zitieren, um zu beweisen, daß unsere Vermutungen zutreffen.

„Berechtigt erscheint lediglich in einzelnen Berufszweigen die Anpassung der Löhne gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne und Gehälter.“

Also nur die überhöhten Löhne (wo gibt es die noch?) sollen eine Anpassung erfahren. Die übrigen Tarife, vor allem der Schwerindustrie, sind bisher noch nicht alle offiziell gekündigt. Und aus dieser bisher noch nicht erfolgten Kündigung der Löhne in der Schwerindustrie will das Reichsarbeitsministerium schließen, daß die Tarife automatisch weiterlaufen, sonst müßte eine vorherige Kündigung erfolgt sein. Nebenbei wollen wir bemerken, daß die Löhne in der Schwerindustrie so niedrig sind, daß man ernsthaft fragen muß, wo denn da noch ein Abzug überhaupt möglich erscheint. Aber eine andere Frage,

wie werden die Arbeitsgerichte sich einhalten, wie werden sich die Schlichtungsanstalten verhalten, wenn nach dem 30. April nach Ansicht der Unternehmer ein tarifloser Zustand besteht?

Und diese Frage ist unseres Erachtens nach von größter Bedeutung. Hier muß Klarheit geschaffen werden. Die deutsche Arbeiterschaft und die Gewerkschaften dürfen nicht zulassen daß Einkommen und Lebenshaltung nochmals gesenkt werden! Weitere Lohnsenkung bedeutet weitere Reduzierung der Kaufkraft, weitere Betriebseinschränkungen, weitere Massenentlassungen, größeres Elend.

Das Reichsarbeitsgericht hat den Unternehmern einen neuen Weg gezeigt. Nach dessen Ansicht besteht ein Tarifverhältnis nicht mehr, wenn der Arbeitgeberverband als Tarifkontrahent sich auflöst, auch bevor der Tarif abgelaufen ist. Sofort zeigen sich schon die ersten kramphafte Versuche in der Heizungsindustrie. Dort wollte man sich einfach einem andern Tarifgebiet angliedern, in dem die Löhne um 30 Prozent niedriger sind. Wenn auch das zuständige Arbeitsgericht Essen vorläufig den Antrag der Unternehmenseite abgelehnt hat, so zeigen doch schon diese Versuche, welche Wege beschritten werden sollen. Ein besonderer Fall spielte sich vor kurzem in der Erfurter Schuhindustrie ab, wo man einfach die Akkordpreise dadurch gedrückt hat, daß man einen stillgelegten Betrieb eröffnete und Arbeiter durch Entlassung aus einem anderen noch beschäftigten Betrieb in diesen neuen verschob und ganz neue, viel niedrigere Löhne und Akkorde zahlte, unter stillschweigender Duldung der Staatsinstanzen. Auch hier konnten die Manöver zum Teil nur durch Streik abgewehrt werden.

Im vorigen Jahr vertrat der Generaldirektor Vögler auf einer Industriellenkonferenz den Standpunkt, daß nur dann die Wirtschaft gesunden kann, wenn die Löhne den italienischen Löhnen angepaßt würden. Soll jetzt damit Ernst gemacht werden? Die Lohnstaffelung in den verschiedensten Ländern sah 1929/30 folgendermaßen aus (London gleich 100):

Philadelphia	181	Madrid	54
Ottawa	150	Brüssel	53
Sydney	132	Wien	50
Kapstadt	120	Rio de Janeiro	48
Dublin	110	Mailand	48
Kopenhagen	107	Mexiko	44
London	100	Lodz	43
Stockholm	86	Lissabon	41
Buenos Aires	85	Moskau	37
Amsterdam	82	Angora	38
Berlin	66	Bombay	18
Paris	56	Schanghai	11

Inzwischen sind allgemeine Lohnsenkungen, vor allem in Deutschland, auch in Italien eingetreten. Rechnen wir dementsprechend 20 Prozent des deutschen Lohnes ab und nehmen wir eine 10prozentige Senkung der italienischen Löhne an, so würden sich immer noch die Zahlen 52,8 für Deutschland, 48,2 bzw. 35,1 für Italien gegenüberstellen. Also nach Vögler würde eine Senkung von weiteren 16-30 Prozent in Frage kommen. Wem der Anspruch Vögler, noch nicht ernst genug ist, dem zeigen die Methoden und Forderungen (wie eben z. B. bei den Bauarbeitern), daß hier erster Wille bei den Unternehmern vorhanden ist. Und auf den Ernst und Willen der Unternehmer kommt es an und darauf müssen wir mehr als je Obacht geben. Sehen wir neben dem Lohnabbau die anderen Anstrengungen im Rahmen der Kapitaloffensive wie Arbeitsdienstpflicht, Abbau der Sozialversicherung, Raub der politischen Rechte der Arbeiterschaft, ziehen wir vor allem die Gefahr des Faschismus in den Kreis unserer Erörterungen, dann ist das Maß voll, dann kann und darf es für die Gewerkschaften und für die gesamte Arbeiterschaft kein Zögern mehr geben. Hier muß einmal der Wille der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommen.

Soll der Zulauf zum Faschismus unterbunden werden, sollen die breiten Massen das Vertrauen zur Gewerkschafts- und Arbeiter-

Umwandlung der SA in schwarze Reichswehr

Kapitän: Ehrhardt; Zahlmeister: Treviranus

ZN. Berlin, 17. April 1932.

Der Reichsverkehrsminister Herr Treviranus, der zu den Vertrauensleuten der für die Preußenwahlen geschaffenen Nationalen Front deutscher Stände gehört, die unter Leitung des Herrn Graf Westarp steht, der sich bei der Hindenburgwahl weigerte, unter den Fahnen des Staates zu sprechen, kam auf einer Sitzung dieser schwarzweißroten Vertrauensleute am Freitag, dem 16. April, auf die Gründe des Verbotes der SA durch die Reichsregierung zu sprechen und behauptete: 1. Das Verbot sei deshalb ausgesprochen worden, weil sonst Bayern selbständig gegen die Hitlertruppen vorgegangen wäre; 2. die nationalsozialistische Führung sei für das Verbot dankbar, da die SA eine Unruhegefahr in den eigenen Reihen gebildet habe, deren Beseitigung sie zudem finanziell entlaste; 3. die SA werde den Kern für die Formationen des freiwilligen Arbeitsdienstes bilden, über den in der nächsten Woche entschieden werde.

Hierzu hören wir, daß der Kapitän Herr Ehrhardt, der immer schon militärpolitisch über einen Teil der Gelder verfügen konnte, die Herr Treviranus für die rechtsradikalen Wehrverbände zur Verfügung standen (!), neuerdings mit größeren Geldmitteln ausgestattet werden soll, die es ihm ermöglichen sollen, für eine geordnete Unterbringung der SA-Massen auf dem Lande zu sorgen. Es wird dabei auf die großen Verdienste (!) hingewiesen, die sich Herr Ehrhardt in einer ähnlichen Situation, nach dem Kapp-Putsch, erworben habe, als er seine Truppe auf dem Lande unterbrachte. Auch diesmal sei er die geeignete Person, da ein erheblicher Teil der höheren Führer der SA zu seinen persönlichen Anhängern von der 2. Marinebrigade über die OC bis zum Wiking und dem engeren und engsten Kreise gehörten.

Das also ist der Zweck, den die Brüningregierung — Treviranus ist der intimste Vertrauensmann Brünings und Hindenburgs — mit der Auflösung der SA. verfolgte. Umwandlung der SA-Horden in eine neue schwarze Reichswehr, ausgehalten mit Regierungsgeldern. Neben dem rechtsradikalen Putschisten Ehrhardt wird dann sehr bald auch Fome-Schulz wieder in Erscheinung treten. Aus einem „Schlag gegen Hitler“ wird dann die längst angestrebte Verbindung der legalisierten Hitler-SA. mit den übrigen rechtsradikalen Verbänden und der Reichswehr.

Die Pläne der Herren Treviranus-Groener gehen aber noch weiter. Sie wollen — und propagieren das in der ganzen bürgerlichen Presse — auch das Reichsbanner in diese Bürgerkriegsarmee einreihen. Sie soll als große überparteiliche „Sportorganisation“, verbunden mit „frei-

willigem Arbeitsdienst“, getarnt und mit reichlichen Staatsmitteln aufgezogen werden. So würde durch das ernsthaft erwogene formelle Verbot des Reichsbanners auch der Hindenburgbegleiterte Teil des Reichsbanners in die national-faschistische Front gebracht.

So phantastisch und unmöglich manchem diese Pläne erscheinen mögen, die Erfahrung lehrt, daß die SPD-Politik Derartiges nicht ausschließt. Haben doch die Braun-Severing-Sollmann 1928 ebenfalls die schwarze Reichswehr gedeckt und hat nicht Severing erst vor wenigen Tagen in Hamburg nach einer „Zusammenarbeit mit „vernünftigen Nationalsozialisten“ gerufen?

Schwarze Pläne sind es, die die Arbeiterklasse aufs schwerste bedrohen. Nur die gezielte revolutionäre Arbeiterfront kann diese Pläne zerreißen, ihre Durchführung verhindern. Deshalb müssen alle Arbeiter gegen eine weitere Zersplitterung durch die SPD- wie KPD-Bürokratie kämpfen. Parteilose, kommunistische und sozialdemokratische Proletarier müssen zusammen gehen und diese Einheitsfront des Kampfes am 24. April zum Ausdruck bringen durch die Wahl der Liste der SAP.

Ministergespräche in Genf

Genf, 18. April 1932

Reichskanzler Brüning stattete am Montag nachmittag dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, einen Besuch ab.

Anschließend empfing er den italienischen Außenminister Grandi. Wie von italienischer Seite mitgeteilt wird, legte Grandi besonderen Wert auf eine deutsch-italienische Verständigung hinsichtlich der weiteren Behandlung der Donaufrage. Er betonte, daß in den bisherigen Verhandlungen, besonders auf der Londoner Konferenz, weitgehende sachliche Übereinstimmung in der Auffassung der beiden Regierungen zu verzeichnen gewesen sei. Sowohl die politischen als auch die wirtschaftspolitischen Interessen der beiden Länder an der Donaufrage stimmten im hohen Maße überein.

In der längeren Unterredung, die der Reichskanzler am Vormittag mit dem englischen Außenminister Simon hatte, sollen vornehmlich Reparations- und Abrüstungsfragen zur Sprache gekommen sein. Auf englischer Seite erwartet man, daß während der Anwesenheit Mac Donalds, der Donnerstags vormittag in Genf erwartet wird, Besprechungen der Vertreter der Großmächte zur eingehenden Vorbereitung der Lausener Konferenz durch Mac Donald, Simon, Neville Chamberlain und Runciman vertreten sein.

bewegung nicht ganz verlieren, dann müssen die Gewerkschaften aus der Defensive zu Offensive übergehen. Die Subventionen, die bisher nur einigen Großagrariern und Industriekapitalisten zugute kamen, müssen für öffentliche Arbeiten Verwendung finden. Eine vernünftige Agrarpolitik muß der heutigen Zollpolitik entgegengesetzt werden.

Aber diese Fragen werden nicht eher Beachtung finden, der Staat wird nicht eher seine Kassen für die Not der Arbeitslosen öffnen, ehe die Arbeiterschaft nicht selbst den Mut und die Kraft zeigt, daß sie ihre Rechte verteidigt und wahrnimmt. Hierfür müssen in den Gewerkschaften alle Kräfte mobil gemacht werden, hierfür muß die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften aktiviert werden. Nur dadurch werden die Pläne der Unternehmer durchkreuzt. Der Krisenkongreß der Gewerkschaften hat der deutschen Arbeiterschaft keinen Weg gezeigt und ist auch dementsprechend nur als eine leere und nutzlose Demonstration zu werten. Für den 30. April müssen die Gewerkschaften schon jetzt gerüstet sein. Die Frage, was kommt nach dem 30. April, muß noch vor dem 24. April geklärt werden, noch vor den Wahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt. Die Frage, was wird am 30. April, ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Frage, und darum hat die Arbeiterschaft ein Recht, eine klare Antwort zu fordern. Für die Arbeiterschaft gibt es nur eine Parole am 30. April:

Gegen jeden weiteren Lohnabbau!

Für die Verteidigung der Arbeiterrechte!

Für die Einheitsfront aller Arbeiter!

Für die Verteidigung aller Arbeiterorganisationen, insbesondere der Gewerkschaften.

Und am 24. April: Alle Stimmen für die Sozialistische Arbeiter-Partei

Völkerbund und Fernost-Konflikt

TU. Genf, 18. April 1932.

Im Neunzehner-Ausschuß der außerordentlichen Völkerbundversammlung fanden am Montag erneut außerordentlich schwierige und bewegte Verhandlungen über die Festsetzung einer Räumungsfrist für die von japanischen Truppen besetzten chinesischen Gebiete statt. Schließlich wurde folgendes vereinbart: Ein engerer Redaktionsausschuß soll sich mit dem gemischten Ausschuß in Schanghai, dem Vertreter der englischen, französischen, italienischen und amerikanischen Regierung sowie zwei Vertreter des japanischen Oberkommandos angeheben, in Verbindung setzen, um zu erfahren, welchen Zeitpunkt dieser Ausschuß für die Zurückziehung der japanischen Truppen für geeignet hält. Für die Räumung ist die Linie vorgesehen, die die japanischen Truppen vor dem Schanghaier Zwischenfall am 28. Januar 1932 einnahmen. Auf Grund des Vorschlages des Schanghaier Ausschusses soll sodann der Neunzehner-Ausschuß in unmittelbaren Verhandlungen mit der japanischen und chinesischen Regierung den endgültigen Räumungszeitpunkt festsetzen.

Die japanische Regierung hat bei den letzten Genfer Verhandlungen erklären lassen, daß sie eine Zurückziehung der Truppen erst dann vereinbaren könne, wenn Leben und Eigentum der Japaner hinreichend geschützt seien. Die chinesische Regierung will dem in öffentlicher Sitzung entgegnetreten.

Rückkehr Brünings am Sonntabend

TU. Genf, 19. April 1932.

Der Reichskanzler Brüning begibt sich mit Rücksicht auf die preußischen Landtagswahlen bereits am Sonntabend vormittag gemeinsam mit Staatssekretär von Bülow nach Berlin zurück, obwohl ursprünglich ein längerer Aufenthalt in Genf vorgesehen war. Es steht noch nicht fest, ob der Reichskanzler in der nächsten Woche wieder nach Genf zurückkehrt. Die Entscheidung über die Rückkehr des Reichskanzlers nach Genf soll, wie verlautet, von der Gestaltung der Lage nach den preußischen Landtagswahlen abhängen.

Zwischen den vier Mächten sind jetzt erneut Verhandlungen über den endgültigen Zusammentritt der auf der Londoner Konferenz und vom Völkerbundrat beschlossenen Sachverständigen zur Behandlung der Donaufrage im Gange. Auf englischer Seite wird ein Zusammentritt der Sachverständigen, die am 13. April ihre Arbeiten aufnehmen sollten, in Lugano gewünscht, während der Völkerbundsekretär und die übrigen Mächte die Abhaltung in Genf für zweckmäßiger halten. Man nimmt an, daß sich die Sachverständigen in erster Linie mit rein finanzpolitischen Fragen, insbesondere den internationalen Garantien der Anleihen für die Donaustaaten, befassen, daß jedoch die wirtschaftspolitischen Fragen zunächst im Rahmen der im Gange befindlichen Unterredungen in Genf weiter geklärt werden.

Lest und verbreitet

die vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüren!

Der Fußball



Severing: Wenn ihr nur ein bißchen vernünftiger sein wolltet, würde ich ja gern mit euch regieren.

Die nationalistische SPD

Der Klassenverrat der sozialdemokratischen Führung während des Krieges von Otto Jacobsen

Die politische Praxis der Sozialdemokratie während des Krieges ist ein für die Gegenwart unerhörtes Thema, weil die Bürgerkriegspolitik für die Sozialdemokratie das Gesetz des politischen Handelns während der revolutionären Periode und für die Nachkriegszeit bis in die Gegenwart vorschrieb: Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft, Wiederaufbau und Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft und darüber hinaus Bündnispolitik mit dem Klassenfeind des Proletariats. Es ist dokumentarische Gewißheit, daß die Führung der Mehrheitssozialdemokratie ein Bündnis mit der Obersten Heeresleitung einging — Groener, Hindenburg —, um ein Umwälzen des Zusammenbruches der deutschen Militärmonarchie in eine soziale Revolution mit allen Mitteln zu verhindern. Mit Hilfe dieses Bündnisses wurden die revolutionären Teile der Arbeiterklasse mit Waffengewalt niedergeschlagen. Die vorläufige Vollendung fand das Bündnis, indem die Führung der Mehrheitssozialdemokratie mit Hilfe der reaktionären und konterrevolutionären Generale Lüttwitz, Watter, Maorker u. a. in der Periode von 1920 bis 1923 die proletarische Revolution endgültig klappte.

Ihre notwendige und logische Fortsetzung findet die Bündnispolitik der SPD gegenwärtig, indem sie mit dem Grafen Westarp, den Generalen Groener, v. Schleicher in die Hindenburgfront zum zweitenmal einschwenkt. Marx schrieb 1849 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“: „Entweder ist man revolutionär und akzeptiert die Folgen der Revolution, als seien, welche sie wollen, oder man wird der Konterrevolution in die Arme gejagt und findet sich, vielleicht ganz wider Willen und Wissen, eines Morgens Arm in Arm mit Nikolaus und Windischgrätz“ — das waren damals die Führer der Konterrevolution, wie es heute Hindenburg, Groener, Brüning, von Schleicher sind, mit denen die SPD Arm in Arm gegen die Arbeiterklasse steht.

Daß sich die Führung der SPD absolut in den Bahnen der chauvinistischen Kriegspolitik bewegt, beweist deren tägliche Praxis.

Panzerkreuzer sozialist Schöpflin

So führte Schöpflin, einer der größten Patrioten während des Krieges, anlässlich der Panzerkreuzerdebatte gegen den Kommunisten Stöcker aus: Die Sozialdemokratie habe die Reichswehr stets bejaht und den Wehretat in allen Jahren bewilligt. Daß sie zu Einzelpositionen Streichungen beantragt habe, ändere an dieser Grundeinstellung nichts. Auf Grund ihrer positiven Staatsanschauung habe die Sozialdemokratie die Vaterlandsverteidigung immer bejaht, auch schon in der Kaiserzeit. Er sei nicht nur Sozialdemokrat, sondern auch Deutscher, und wenn ihm vorgeworfen werde, er hätte die Befehle vom Reichswehrminister entgegengenommen, so müsse er den Kommunisten antworten, wenn es sich um das deutsche Volk und Vaterland handle, dann gehe er lieber zehnmal mit Herrn Groener als nur einmal mit Stöcker.

Furtwängler, ein prominenter Führer des ADGB, bejaht hundertprozentig den konterrevolutionären „Verein der Auslandsdeutschen“, die „Frei Presse“ berichtet darüber:

Furtwängler vom ADGB befürwortete aufs wärmste, auch aus seinen zweijährigen Erfahrungen heraus, die Mitarbeit im VDA. Der Klassenkampfgedanke stehe nicht im Widerspruch mit dem Gedanken, die gemeinsamen Interessen (des deutschen Kapitalismus, der deutschen Bourgeoisie also, d. Verf.) des deutschen Volkes auch gemeinsam zu vertreten... (Gegen wen? Rußland, Frankreich? d. Verf.) Man müsse Mut haben, sich zu den Ideen zu bekennen, die in der Praxis selbstverständlich seien. Die Forderungen des VDA ständen nicht nur im Widerspruch zur Arbeiterbewegung, sondern seien sozial und national Bestandteile des gewerkschaftlichen Kampfes.

Diese Auffassung vertreten u. a. auch Sollmann, Braun, Severing und viele andere prominente Führer der SPD. Anlässlich der Einweihung der „Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Weltkrieges“, zu welchem Zwecke die Neue Wache unter den Linden umgestaltet wurde, hielt der Sozialdemokrat und

Preußens Ministerpräsident

eine Rede, die sich in keiner Weise von einer solchen unterschied, die früher von irgend-

welchen Hohenzollern gehalten wurde. Braun sagte u. a.:

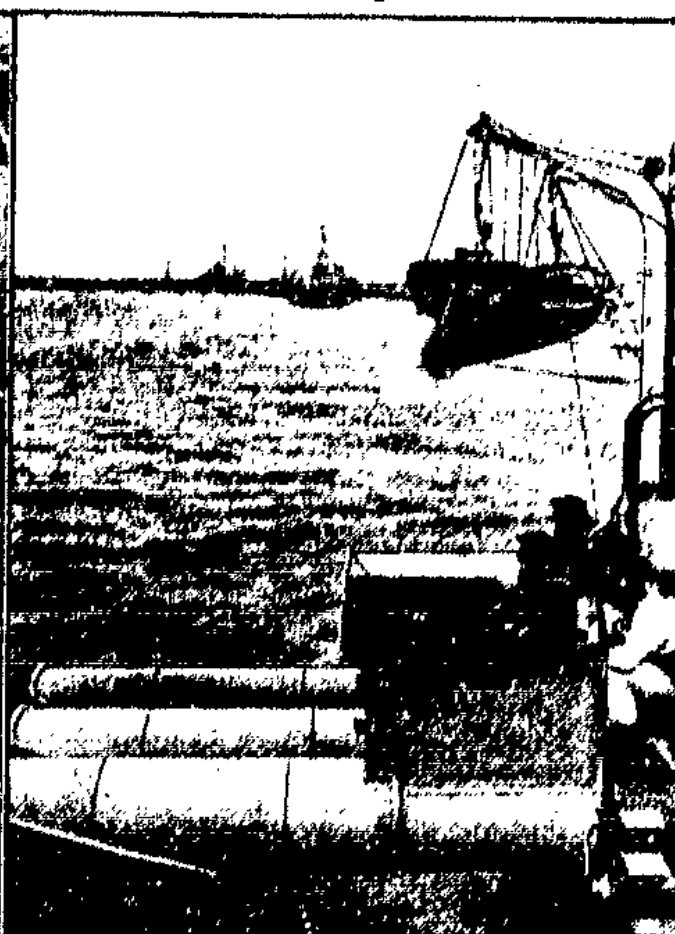
„Worte sind zu schwach, um das auszudrücken, was uns bei dieser Feierlichkeit

erfüllt, was der Inbegriff dieser Gedächtnisstätte ist, die wir heute weihen. Die Republik Preußen, der man zu Unrecht so oft Vernachlässigung der Tradition zum Vor-

Trotz des Versailler „Schandfriedens“



mit seinen Beschränkungen der „deutschen Wehrkraft hat die deutsche Rüstungsindustrie noch hinreichende Möglichkeiten zur Herstellung raffinierter Mittel zum Massenschlachten. Die Flottenschau in Swinemünde präsentierte ein Flugzeugabwehrgeschütz gegen Bombenflugzeuge (linkes Bild) und Torpedorohr-Drillinge, mit neuartigem Beobachtungsstand (rechtes Bild).



„Südawien“ gleicht einem Meer

Belgrad, 19. April 1932.

Während sich die Blätter bisher in der Berichterstattung über die Überschwemmung in Südslawien große Zurückhaltung auferlegt hatten, weisen sie heute auf den beispiellosen Umfang des Unglücks hin.

Die „Vreme“ spricht von einem neuen Pannonischen Meer, das zwischen Belgrad und Brod a. d. Save in einer Länge von fast zweihundert Kilometern entstanden sei. Aus dieser ungeheuren Wasserwüste ragten nur die Dächer der Häuser in den Städten und Dörfern, wie Inseln hervor. Vom Flugzeug aus gesehen, gleiche Slawonien einem riesigen Archipel mit Tausenden von Inseln und Kanälen. Die Bevölkerung habe nicht überall in Sicherheit gebracht werden können, Tausende von Menschen süßen noch in ihren Häusern der Verzweiflung und dem Hunger preisgegeben. Sie seien beinahe verloren, da niemand es wagen könne, ihnen Hilfe zu bringen.

Die „Prawda“ meldet, die Bevölkerung sei von einer Panik ergriffen. Alle Schilderungen aus den heimgesuchten Gegenden würden durch die Wirklichkeit noch in den Schatten gestellt. In der Nacht zum Montag habe die Save die Dämme bei Mitrowitz und Obrovatz gesprengt. Beide Städte seien völlig überschwemmt worden. In Mitrowitz seien noch im Laufe der Nacht fünf Häuser eingestürzt. Das Wasser reiche stellenweise bis an die Dächer der Häuserreihen.

Erdbeben bei Baku

Moskau (über Kowno), 18. April 1932.

Die Erdbebenkatastrophe bei den Inseln Swinoi im Kaspischen Meer hat nach dem Bericht eines Untersuchungsausschusses große Schäden angerichtet. Häuser und Leuchttürme wurden völlig zerstört. Acht Männer, eine Frau und drei Kinder sind ums Leben gekommen.

Drei Tote bei einem Erdbeben

Paris, 19. April 1932.

In unmittelbarer Nähe von Grenoble eignete sich am Montag bei Bauarbeiten für die Errichtung eines Elektrizitätswerkes ein Erdbeben. Ueber 100 000 cbm Erde lösten sich von der Felswand und stürzten auf die

Arbeitsstelle. Drei Arbeiter wurden verschüttet und konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Luft hat keine Balken

Rom, 19. April 1932.

Bei Orbetello forderte ein Flugzeugunglück drei Tote und vier Verletzte. Bei einem Übungsflug stürzte das Wasserflugzeug des Oberleutnants Guasconi vom Institut für Seekrieg infolge eines Steuerfehlers ins Wasser und überschlug sich. Der Oberleutnant, ferner ein Ingenieur der Fiat-Werke und ein Soldat der Fliegertruppe fanden den Tod.

Paris, 19. April 1932.

Ein Flugzeugunglück mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Montagmittag über dem Flugplatz von Le Bourget bei Paris. Ein Privat-eindecker war kurz nach Mittag aufgestiegen. Der Führer des Apparats, der erst vor zwei Wochen den Führerschein erworben hatte, zog bald in etwa 2000 m Höhe seine Kreise. Plötzlich stürzte der Apparat senkrecht aus bisher unbekannter Ursache zu Boden. Der Führer und einzige Insasse des Flugzeuges wurde herausgeschleudert und blieb mit zer-

wurf macht, hat dieses Denkmal errichtet an der preußischsten Stelle ganz Preußens und dafür eines der edelsten Bauwerke des berühmten Meisters altpreußischer Baukunst bestimmt. Und auch das Gold, aus dem der den Stein krönende Lorbeerkranz von Kunsthand gebildet ist, hat seine Geschichte niemals wieder fordern wird. „schmolzenen Gold preußischer Orden, die Generationen der Vorkriegszeit in Ehren getragen haben. Ein Jahrhundert lang haben an dieser Stelle im Herzen der Hauptstadt die Posten der alten Armee Wache gehalten. Ein Jahrtausend lang mögen hier die Herzen der nachkommenden Geschlechter Wache halten über dem Gedächtnis und der Ehre der zwei Millionen Söhne Deutschlands, die für den Gedanken und für die Rettung des Vaterlandes ein Blutopfer brachten, wie es bis dahin in der Weltgeschichte unerhört war, und wie es, so hoffen wir, und dafür wollen wir uns einsetzen, der Gang der Geschichte niemals wieder fordern wird.“

Leipart, der ADGB-Vorsitzende, die „Vorwärts“-Redaktion usw. schlagen nationalistische Töne an, die sich von den Nationalsozialisten in deren Propaganda gegen die „Tributlasten“ nicht mehr unterscheiden.

Der Leser wird, wenn wir uns jetzt der Kriegspolitik der SPD zuwenden, den Zusammenhang von heute und vorgestern erkennen — und die politischen Konsequenzen ziehen: Kampf dem Reformismus, Loslösung der Massen von der reformistischen Führung. Für den Reformismus gibt es keine Umkehr in der Politik, Severing ist sogar bereit, wie aus einer Rede hervorgeht, mit den Nazis in eine Regierungskoalition zu gehen, wenn sie nur vernünftig wären.

(Weitere Artikel folgen.)

schmetterten Gliedmaßen etwa eineinhalb Kilometer von der Absturzstelle des Flugzeuges entfernt tot liegen.

Fischkutter mit 21 Mann Besatzung gesunken?

Kopenhagen, 19. April 1932.

Nach einer Meldung aus Thorshavn wird ein Farörscher Fischkutter mit 21 Mann Besatzung vermißt. Man befürchtet, daß er während der letzten Stürme auf der Nordsee untergegangen ist. Alle Farörschen Fischkutter bis auf diesen einen sind inzwischen wieder im Hafen eingetroffen.

Lysol statt Bier

Brandenburg, 19. April 1932.

Der 52 Jahre alte Arbeiter Adolf Heise hatte eine nur halbgeleerte Bierflasche zwischen andere Flaschen gestellt. Als er dann den Rest des Bieres trinken wollte, verwechselte er die erwähnte Flasche mit einer andern Bierflasche, die mit Lysol gefüllt war. Von diesem Lysol trank er einen so heftigen Schluck, daß er sofort bewußtlos wurde und in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort ist er gestorben.

Überschwemmung auch in Ungarn



Vom Hochwasser abgeschlossene Pusta-Gehöfte in der Gegend von Szeged. Die Einwohner wurden vielfach in ihren einsamen Gehöften von den herankommenden Fluten völlig überrascht, so daß sie nur mit Mühe von der Polizei in Sicherheit gebracht werden konnten. Vielfach haben die armen Bauern durch das Hochwasser ihre letzte Habe verloren.

Goethe, das Werk / Von Anna Siemsen

(Fortsetzung und Schluß.)

Die Gretchentragödie im Faust entstand zwischen Straßburg und Weimar. In die gleiche Zeit fallen der Werther und eine Reihe seiner vollendeten Gedichte. Mit diesen Werken gehörte der noch nicht fünf- und zwanzigjährige zugleich in die erste Reihe der Weltliteratur. Wir haben in Deutschland nur noch einen einzigen Fall gleich früherer Genialität: Georg Büchner. Aber was auf diesen unerhörten Anfang folgt, das ist nicht die Leichtigkeit und Fruchtbarkeit des Schaffens, die wir etwa bei Molière und Shakespeare oder, um kleinere Sterne zu nennen, bei Calderon, Balzac, bei Voltaire oder Dickens finden. Die vierundfünfzig Bände der Ausgabe letzter Hand enthalten ein Lebenswerk, das in mühsamster Arbeit unter tausendfachen äußeren und inneren Hemmungen entstanden ist, das, so wie es dasteht, ein imponierendes Zeugnis strenger Arbeit, aber zugleich ein Zeugnis dafür ist, in welcher ungünstigen geistigen Klima sich diese Blumen zu entfalten hatten. Sie haben darunter gelitten. Nicht eines seiner großen Werke hat Goethe glatt vollendet. Seine beiden größten, der Faust und der Wilhelm Meister, sind in immer wiederholten Anläufen, durch fünf Jahrzehnte hindurch umgeplant, unkomponiert, umgearbeitet. So wie wir sie haben, sind sie weder einheitlich noch vollendet, sondern Notbauten an Erkenntnissen und Erlebnissen, in die Goethe hineingerettet hat, was er vermochte. Und von fast allen andern Werken gilt das gleiche. Es sind wenige Jugendwerke, der Götz, der Werther, wenige Dichtungen beschränkter Umfangs — Hermann und Dorothea, die römischen Elegien, die Venezianischen Epigramme — und die Gedichte, welche zu rascher Vollendung gereift sind. Und neben den vielen, die nur mühsamer Arbeit abgerungen sind, stehen die vielen ganz unfertig gebliebenen, in ersten Ansätzen oder gar im Plane schon ersticken.

Goethe besaß die Weisheit, nichts erzwingen zu wollen. Wenn der Geist der dichterischen Eingebung ihn floh, wandte er sich anderen Arbeiten zu. Seine ausgedehnten naturwissenschaftlichen Forschungen, seine kunsthistorischen und kritischen Arbeiten, seine Uebersetzungen entstanden in diesen oft langen Zwischenperioden. So gewinnt sein Werk an Reichtum und Mannigfaltigkeit. Aber es wird schwer übersehbar und schwer zugänglich. Und dieser Uebelstand ist verschlimmert worden durch die Goetheforschung. Soweit sie Fachwissenschaft war, lag ihr zumeist an reichlicher Sammlung der Dokumente mehr als daran, Zugänge in dies wild- verwachsene Zauberreich aufzutun. Soweit sie popularisierte, wollte sie nur zu oft Goethes Autorität für ihre eigenen Zwecke propagandistisch benutzen. So ist Goethe hundert Jahre nach seinem Tode ebenso viel genannt und gepriesen wie wenig gekannt und verstanden. Er gilt als altmodisch und langweilig oder ganz und gar als unverständlich. Wie öffnet man die Zugänge?

Es gibt einen Ausspruch Goethes, der einen ganz überraschenden Ausblick gibt in seine Arbeit. „Die Region der Liebe, des Hasses, der Hoffnung, der Verzweiflung und wie die Zustände und Leidenschaften der Seele heißen, ist dem Dichter angeboren, und ihre Darstellung gelingt ihm. Es ist aber nicht angeboren, wie man Gericht hält, oder wie man im Parlament oder bei einer Kaiser-

krönung vorfährt, und um nicht gegen solche Dinge zu verstoßen, muß der Dichter sie aus Erfahrung oder Ueberlieferung sich aneignen. So konnte ich im Faust den düsteren Zustand des Lebensüberdrusses im Helden sowie die Liebesempfindungen Gretchens recht gut durch Antizipation (Vorwegnahme) in meiner Macht haben; allein, um z. B. zu sagen

Wie traurig steigt die unvollkommene Scheibe
Des späten Monats mit feuchter Glut heran —
bedurfte es einiger Beobachtung der Natur.“

Hier setzt Goethe also alles schlichtweg Menschliche beim Dichter als inneren Erlebnis voraus. Die ist sein innerer Schatz, aus dem er schöpfen kann. Der Zwanzigjährige, sobald er nur durch eigenes leidenschaftliches Erlebnis geweckt ist, verfügt über diesen Schatz, dem die Lebenserfahrung nichts mehr hinzufügt. Diese menschlichen Zustände und Leidenschaften sind vor der Erfahrung zeitlos. In jedem Menschen liegt die Fähigkeit dazu, der Dichter hat sie nur zu wecken kraft seiner stärkeren Reizbarkeit. Und daher ist überall dort Goethes Werk noch heute unmittelbar verständlich und zugänglich, vorausgesetzt, daß man sich nicht selber den Zugang verbaut. Gewiß ist Gretchen ein Kleinbürgermädchen, dessen Alltagsorgen ebenso wie sein Untergang mit unseren heutigen Zuständen nichts mehr zu tun haben. Aber ihr Erwachen vom spielenden Kinde zur leidenschaftlichen Frau, Glück, Hingabe, Sehnsucht und die Verzweiflung des Preisgebebens, das ist Menschenschicksal, heute so wirklich wie vor hundert Jahren und in tausend Jahren wahrscheinlich ebenso wahr, wenn anders dann noch Menschen auf Erden leben. Und die vollkommensten Ehe- und Geburtenregelungsgesetze werden diesem ewigen Problem der erwachenden und schwindenden Leidenschaft nichts von seiner Wahrheit nehmen, wenn auch die Tragödie der unehelichen Mutter nur noch geschichtlich ist. — Werthers Leiden als Liebhaber einer verheirateten Frau, der mit den bürgerlichen Verhältnissen nicht fertig wird, sind nur noch historisch interessant, aber der Konflikt eines jungen und eigensinnigen Lebenswillens mit der umgebenden Welt, der Wechsel zwischen selbiger Hingabe an die Welt und trotziger Verzweiflung kehrt mit jeder jungen Generation wieder, bleibt ewig verständlich, mögen seine Formen auch wechseln. — Der alte zugeknöpfte Geheimrat von Weimar mag uns fremd und gleichgültig sein. Aber wenn er Christiane findet, liebt und betrauert, wenn er als Alternder Marianne Willener in glücklicher Erfüllung, als Greis die junge Ulrike von Levetzow in bitterer Entsagung liebt, dann sind diese Leidenschaften für uns noch ebenso wahr, wie sie ihm gewesen, mögen auch hundertmal die Verhältnisse, unter denen sie blühten, verschwunden sein. Leidenschaft und Behagen, Reibung und Kampf, Entsagung und Tätigkeit, die das Leben gestaltet, Weisheit, die über die Beschränktheit des persönlichen Lebens hinaus sieht und den Zusammenhang der lebendigen Welt ahnend zu erfassen sucht: das alles ist bei Goethe vorgebildet, und es weckt in uns die gleichen Saiten des Erlebens, wenn wir lernen, den Klang seiner Saiten aufzufangen.

Das ist möglich, heute wie damals. Das Mittel des Dichters, die Sprache, ist von ihm so geformt worden, daß sie auch für uns noch tönt und schwingt. Freilich fehlt uns in Deutschland heute mehr noch als in seiner Zeit das Ohr, diese Klänge aufzunehmen, der mitschwingende Sinn. Wir sind gewöhnt, nur

mit den Augen die Worte aufzunehmen, stumpf für sprachlichen Klang.

Was Goethe für die deutsche Sprache getan hat — er schuf sie eigentlich erst zu dem reichen Instrument, das alle Schwankungen des Gefühls wiedergeben kann — ist größtenteils wieder verloren gegangen. Aber es gehört nur ein wenig guter Wille dazu, um in diesen Zauberreich einzudringen. Die Sprache ist bei ihm nicht deckende Hülle, sondern enthüllende Gestalt des Gefühls und Gedankens. Das Einfachste wie das Reichste und Schwierigste sagt sie mit gleicher Vollendung. Das ist im Deutschen eine äußerste Seltenheit. Weder die Klarheit des Französischen, noch der Nuancenreichtum des Englischen wird von dem deutschen Schriftsteller in der Regel erreicht. Vor allem aber fehlt uns die Einfachheit. Der kompliziertere, dunklere, gezieltere Ausdruck ist uns zumeist am liebsten. Daß es die schönsten Gedichte sind, die wie hingeworfen scheinen, daß es die durchdachtesten Gedanken sind, die einen selbstverständlich anmuten: wer weiß das in Deutschland? Wer insbesondere weiß es in der Arbeiterschaft, die sich nur allzu leicht natürlicher Worte schämt, künstlich Fremdes bewundert? Bei Goethe läßt sich lernen, was deutsche Sprache ist, wie sie klingt und wie sie leuchten kann. Und damit erschließt sich eine Welt unerschöpflicher Freuden und unerschöpflichen Reichtums.

Goethe selbst nannte eine Sprache, die dem Inhalt genügt, prägnant: schwanger von Anschauung und Bedeutung. Man muß sein eigenes Beispiel von dem späten Mond, dessen unvollkommene Scheibe traurig heranstreigt, einmal vergleichend gegen seitenlange Schilderungen nicht unberühmter Autoren halten, um zu fühlen, wie schwanger von Anschauung diese Sprache ist, die selbstverständlich scheint.

Das macht Goethes Werk zu einem Weltkompendium, einer Welt im Kleinen, voll von der Schönheit, dem Grauen, der Lächerlichkeit und den Widersprüchen der großen Welt. Was tut's für den, der in sie eindringt, daß es eine versunkene Welt ist, daß der Verfasser sie oft selbst verkleidete, daß er mehr als seinem Werke gut war, Konzessionen machte an die Bedenken eines Kleinstadthofes und so nicht fälschte, aber verschwiegen und fortließ? Die Kräfte der Liebe und des Hasses, der verworrenen Torheit und der planvollen Weisheit, sind die gleichen, die in unserer gewandelten Welt wirken. Was fremd in ihr ist, wird dem Verweilenden bald zu einem geschichtlichen Zeugnis von höchster Prägnanz, um mit Goethe zu reden, aus dem die Vergangenheit sich wiedergebärt. Wo ist vergangenes Kleinbürgertum je so geschildert wie in Gretchens und Klärchens Milieu? Wo Kleinstadtengedanken und -behagen wie in Hermann und Dorothea? Wo die bunte Welt des Schauspielers wie in Wilhelm Meister, Großbürger, Hofbeamten und Adel wie dort und in den kleineren Novellen und Romanen? Diese Welt ist nicht die unsere, ihre Wertungen, ihre Vorurteile sind für uns schwer verständlich. Um so eher lernen wir an ihr zeitlich Bedingtes unserer Gegenwart erkennen, die Gesetze der Entwicklung wie ihre Grenzen verstehen. Und Goethe selber leitet uns dazu. Gewiß war er ein Bürger seiner Zeit, ja eine Kleinstadtezellen mit aller Konvention und Hemmung dieser Existenz. Aber sein Bewußtsein erhob ihn über diese Enge und ließ ihn den Zusammenhang und -klang der ganzen Welt erleben und den Strom der Entwicklung,

in dem der Mensch eine Welle ist gleich Planeten und Sonnen, und gleich dem winzigsten Moos, dem schnell vergehenden Insekt. Diesen Gedanken nicht nur gedacht, ihn erlebt und gestaltet zu haben, ist Goethes unvergängliche Tat, die ihn zu einem der großen Befreier der Menschheit macht, ihn damit aber auch in unverwundlichen Gegensatz bringt mit den ewig Gestrigen, welche mit unzähliger Sicherheit das Leben von heute zu erschlagen suchen mit dem Leben, das sie gestern bekämpft haben. Sie, welche der Propheten Gräber bauen, um in ihnen die Zukunft zu begraben, sind auch heute geschäftig zum Goethejubiläum, Goethe den Konservativen, Goethe den Ordnungsbürger zu feiern. Diesen Goethe überlassen wir ihnen. Das ist die Maske, hinter der sich ein anderer versteckt: ein großer Leidenschaftlicher, ein großer Menschenkenner und Weiser, ein Erforscher der Tiefen der Natur wie der Tiefen menschlicher Herzen und gesellschaftlicher Gesetze, ein großer Liebender, dessen Hingabe an die Welt unerschöpflich war, und der deswegen nach einem überlangen Leben voller Enttäuschung, voller Entsagung, voller Fehler und menschlicher Mängel hinwegging mit jenem menschlich wundervollen Triumph:

„Alle Tag und alle Nächte
Proß ich so Jos Menschen Los,
Denkt er ewig sich das Rechte
Ist er ewig schön und groß.“

Dieser Mann lebt uns in seinem Werk und wir glauben, daß seine Wirkung erst nach unserer Zeit lebendig, nachhaltig, unsterblich sein wird.



Die politischen Senderstörungen

Mitte Februar haben wir bereits davon berichtet, daß der Moskauer Gewerkschafts-Sender WZSPS auf Welle 1304 Meter bei Sendungen in deutscher Sprache systematisch in Deutschland gestört wird. Diese erste Meldung haben wir am 24. Februar dahin ergänzt, daß es sich um schlesische Sender handelt (Breslau oder Gleiwitz), die unter wohlwollender Duldung der Reichs-

funkgesellschaft die politische Zensur auf den Wellen ausüben. Ein Widerspruch, auch nur ein beschönigendes Dementi ist nicht erfolgt. Die Störungen selbst aber werden aus dem ganzen Reich bestätigt und dehnen sich gelegentlich sogar auch auf den Komintern-Sender aus.

Moskau hat daher, soviel wir beobachten konnten, die deutschen Sendungen auf andere Sender verlegt, die insbesondere durch die Nähe der deutschen Sender Königswusterhausen und Berlin geschützt werden. Pfeif-Störungen würden dann nämlich auch die deutschen Sender unverstärkt machen!

Amtsamt ist die Naivität, mit der die bürgerliche Hamburger „Funkwacht“ diese Frage behandelt. Man betont politische Neutralität und geht über den

„Verdacht planmäßiger Störung aus politischen Gründen“

auch heute noch nicht hinaus. Vielmehr macht man alle Anstrengungen, die Sache zu bagatellisieren. Wir glauben, mit genügender Deutlichkeit hinter die Kulissen der politischen Rundfunkzensur geleuchtet zu haben; daß die „Funkwacht“ mehrere Wochen nach unserer ersten Veröffentlichung von nichts wissen will, spricht nicht gerade für die von ihr so betonte „Neutralität“.



Nach dem russischen Original angefertigt und ohne Änderungen übersetzt von Alexander Ramm
Copyright by Franz Pleinert, Berlin Wilmersdorf

28. Fortsetzung

„Die Organisation der Kapitalisten hat Kazmann ermordet. Das macht nichts, daß einige blöde S. R. sich für Feinde des Kapitalismus halten. Dieses ist unwichtig. In Wirklichkeit sind sie gewissenhafte Schützer der Bourgeoisie. Ihre persönlichen Ueberzeugungen ändern den Kern der Sache nicht, wir aber führen den Klassenkampf im internationalen Maßstabe. Den Angriff mußten wir mit einem Gegenangriff beantworten. Sie führten den Hieb gegen die Person, weil sie das soziale Leben und ihre Gesetze nicht verstehen. Ich aber traf mit dem Gegenhieb die Klasse. Ich habe die vordersten, die mir aus ihren Reihen begegnen sind, vernichtet, nicht mehr und nicht weniger, nur die Vordersten, die mir begegnen sind, weil das unvermeidliche Folge ihrer Tat war. Wollt Ihr, meine Teuersten, den Angriff wiederholen? Das werden sie sich nun überlegen, denn sie wissen, daß sie dafür teuer bezahlen müssen!“

„Sie werden nicht darum beschuldigt,“ unterbricht ihn Stepan, „wollen Sie vielleicht einige Fragen beantworten, die ich hier aufgeschrieben habe...“ er überreicht Sudin einen Zettel.

Warum wurde Walz nicht beobachtet?

Welchen Eindruck wird diese Sache sowohl auf die engeren Mitarbeiter der Tscheka wie überhaupt auf die Parteigenossen machen, wie auch in den weiteren Kreisen der Einwohner, unter denen der Klatsch sich verbreitet hat, daß Sudin durch seine Frau Bestechungen annahm?

„Ja, das ist meine Verfehlung,“ sagte Sudin bedrückt.

„Welchen Eindruck? Den schlechtesten!...“ flüstert er, den Kopf noch tiefer senkend. Jetzt erst empfindet er eine peinigende Scham: er möchte in die Erde versinken.

„Hat noch jemand eine Frage zu stellen?“ wendet er sich an die übrigen. Keiner. Schustry will zwar noch etwas sagen, doch er bemerkt, daß er der einzige ist und schließt verlegen den schon geöffneten Mund.

Stepan flüstert leise zuerst mit Tkatschew, dann mit Schtscheglow, die ihm beide zustimmend zuwinken.

„Genosse Schustry, ordnen Sie an, daß Genosse Sudin vorläufig an denselben Platz abgeführt werde.“

„Die Kommission wird Sie vorladen oder Sie von ihrem Beschluß benachrichtigen, sobald sie einen getroffen hat,“ wendet er sich an Sudin und sieht auf die Uhr.

Wieder legt sich über Sudin eine erschreckende Last. Er sucht verwirrt seinen Mantel, bis er sich erinnert, daß er keinen mit hatte. Unter Schustrys Begleitung, vom Schweiß ganz rot, geht er ungeschickt aus der Tür, ausgepreßt, entkräftet, mit zerissenem Herzen. Mit einem unfreundlichen Blick auf Sudins Rücken, begleitet ihn der selbe Posten in das Zimmer mit den quadratischen Nischen der schwarzen Fenster. Sudin schrumpft in sich zusammen.

VII.

Was erwartet ihn jetzt? Wie kann er es wissen! Sein Kopf weigert sich, weiter zu denken. Das Herz klopft in glühender Scham: wie kam es nur, daß er, Sudin, der immer so vorsichtig, so auf der Hut war, alle und alles so hineingelegt hat: die gemeinsame Sache der Weltrevolution, die alte Partei, das Vertrauen der Arbeiterklasse! Ist das alles wirklich ein Traum?!

Mit zitternden Händen bedeckt er die Augen, und es erstehen vor ihm alte, längst verblichene Bilder, nur erscheinen sie ihm jetzt in ganz anderem Licht. Ein schmutziger, stückweise kriegender Himmel. Ein weiter, krustiger, aufgepflügter Acker liegt aufgeweicht im herbstlichen Regen. Auf dem nassem lehmigen Weg schlurft sich ein riesiger struppiger Bauer in zerfranem Mantel mit müde schlenkernden Beinen. Sein Gesicht ist braun von Sonne und Wind und faltigen Furchen. Er geht gebückt, sein buckliger Rücken ragt spitz in den Himmel, er hustet und blickt geduldig und stumpf in das hängende Netz aus Wasser.

Welch Recke! — träumt Sudin. Mit diesem Weggossen kommt man nicht um! Herr der Erde, warum siehst du nur so kläglich aus?

Der Bauer verlangsamt seine Schritte und betrachtet mit freundlich verkniffenen Augen Sudin.

Ich hungere, mein Lieber, ich hungere! Wer aber hatte soviel Kraft, dir, einem ehrlichen Arbeiter, das Brot wegzunehmen?

Der Riese bleibt stehen und senkt die Augen in den dicken Brei des Weges.

Keiner, mein Lieber, hat es mir weg-

genommen, keiner. Selbst hab ich's dem Gutsherrn gegeben — er seufzt schwer.

Die Abgaben, Frauchen, die Abgaben. Ist dir wirklich gar nichts geblieben? Etwas mußte dir doch bleiben. Was hast du nur mit dem Rest gemacht?

Die Steuern, die Steuern bringen uns um. Dann muß man Räder kaufen und Holz und noch eine Kleinigkeit Nägel, mein Haus ist mir eingestürzt, mein Teurer, und so mußte ich alles, was da war, ins Kontor bringen, zum Aufkäufer.

Freund, wendet sich Sudin an ihn, rüttele dich auf! Wenn wir beide gegen deinen Herrn ausholen wollten und gegen den Aufkäufer! Komm, wir wollen die ganze Welt umpflügen, auf andere, auf unsere Art. Dann wird ein Leben beginnen! Dein Brot wird dir bis zum letzten Stückchen bleiben. Willst du! Mein Bruder, wir werden ein Leben beginnen, wie in einem Märchen: ein Wunderpferd aus Kupfer, die Mähne aus Feuer, wird ohne Futter und Lohn deinen Acker bepflanzen! Laß uns nur Zeit, wir werden schon alles machen.

Du sprichst so seltsam, — der Bauer sieht sich um, seine Augen bedecken sich mit einem listigen, feuchten Glanz. Den Gutsherrn angreifen — warum nicht? Das geht schon, wenn nur die ganze Gemeinde sich einverstanden erklärt. Gewiß, es wäre leichter geworden. Aber vom feurigen Pferd, da schwindelet du, Teurer. Wozu auch aus Feuer, es genügt ein einfacher Gaul... Nur sag, Bruder, die Wahrheit, die reine, das Brot wird uns keiner dann wegnehmen, wirklich?

Leser wecht für die „SAZ“

Bankrotterscheinungen

Das Haushaltsjahr der Gemeinden läuft vom 1. April bis zum 31. März. Obschon wir uns nun in der 2. Monatshälfte befinden, gibt es doch im ganzen Rhein- und Ruhrgebiet keine Stadt, die ihren Etat verabschiedet hätte. Diese Verzögerung hängt zusammen mit den katastrophalen Finanzschwierigkeiten, in der die Städte sich allesamt befinden. Überall sind die Steuereingänge weit hinter dem Vorausschlag zurückgeblieben und nirgendwo haben sich die Ausgaben der Wohlfahrtsämter nach den Zahlen gerichtet, die in den Etats eingesetzt waren. Die Fehlbeträge in den großen Rhein- und Ruhrstädten bekommen allmählich astronomische Dimensionen. In welchem Tempo sich die Verschuldung entwickelt, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß Duisburg die Rechnungsjahre 1929-31 mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 30 Millionen Mark abgeschlossen hat, und daß allein für das Rechnungsjahr 1932 schon jetzt mit einer ungedeckten Schuld von rund 40 Millionen Mark gerechnet wird. Also insgesamt 70 Millionen Mark Schulden für eine einzige Stadt. Dabei ist Duisburg-Hamborn mit seinen 430 000 Einwohnern nicht einmal die größte unter den Ruhrstädten.

Vom Reich soll die Hilfe kommen. Daß es allen ökonomischen Grundsätzen widerspricht, eine Hufe dadurch zu flicken, daß man aus der Joppe ein Stück herauschneidet, kümmert die Stadtverwaltung wenig. Den letzten fressen die Hunde, also muß man sehen, möglichst vor den anderen Städten vom Reich wenigstens soviel Mittel zu bekommen, sich über Wasser zu halten. Vorläufig aber pfeift die Duisburger Verwaltung auf dem letzten Loch. In einer Zuschrift an den Arztverein macht sie darauf aufmerksam, daß sie außerstande sei, die Arztrechnungen für das Gesundheits- und Wohlfahrtsamt zu zahlen. Es handelt sich um Behandlungsfälle aus dem jetzt abgeschlossenen 1. Quartal, also um längst fällige Rechnungen. Auf diese Zahlungseinstellung der Stadt reagiert der Arztverein, indem er seine Mitglieder auffordert, die Steuern, Gas-, Strom- und Wasserrechnungen künftighin nicht mehr zu zahlen.

Ist dieser Zustand nun der Anfang vom Ende? Befindet sich die Verwaltung der Stadt Duisburg-Hamborn vor dem völligen Zusammenbruch? Kommen am 1. Mai Löhne und Gehälter zur Auszahlung? Und vor allen Dingen: Ist überhaupt Vorsorge getroffen, die ärztliche Betreuung der Unterstützungsempfänger zu sichern?

Die Arbeiter haben alle Ursache, der weiteren Entwicklung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Düsseldorf

„Die Maßnahme“, Lehrstück von Bert Brecht und Hans Eisler, hatte am Sonntag, dem 17. April, im Kaisersaal der Tonhalle in Düsseldorf die westdeutsche Uraufführung in einer Konzertveranstaltung des Volkschors Düsseldorf-Ost. „Die Maßnahme“ ist ein politisches Kunstwerk. Es befaßt sich mit der Strategie und Taktik des revolutionären Proletariats. Vier Agitatoren berichten über ihre Arbeit in China, über die Fehler, die ein junger Genosse bei dieser Arbeit begangen hat, und die sie gezwungen haben, diesen jungen Genossen im Interesse der proletarischen Bewegung zu töten. Die Agitatoren fordern das Urteil des Volksgerichts über ihre Maßnahme, und das Volksgericht erklärt sich mit ihnen einverstanden. Mit Recht betonte Wolfgang Langhoff in seinen einleitenden Worten, daß die Arbeiterschaft in der Zeit schwärzester Reaktion sich der Kunst als Waffe bedienen muß. Mit reicher Mühe haben sich die Veranstalter des Chorwerks angenommen. Die einzelnen Darbietungen waren sehr gut vorgetragen und sowohl die musikalischen, die gesanglichen wie auch sprachlichen Leistungen waren gut ausgefallen. Nur der Schlußchor hätte noch zu einer größeren Steigerung gebracht werden müssen. Im ganzen haben die Veranstalter mit der Aufführung gezeigt, was die wirkliche Aufgabe des Arbeitergesangs ist, und man darf erwarten, daß wir noch öfter Gelegenheit haben, ähnliche Volkskonzerte zu hören. Die musikalische Leitung der Aufführung hatte Franz Landé, die szenische Leitung Wolfgang Langhoff (Schauspielhaus). Mitwirkende waren: Tenor, Hans Joachim Heinz, Stadttheater; Sprecher: Emmy Frank, Heinz Ortmeier, Peter Klingens (Truppe im Westen); Chöre „Freiheit“-Oberbilk, Volkschor Düsseldorf-Ost, Volkschor Wersten-Holthausen, Volkschor Nord, Volkschor Rath, Volkschor Neuland und Kinderchor Gerresheim. Reicher Beifall dankte zum Schluß für die prächtige Leistung. Erfreulich war auch, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage der große Tonhallsaal überfüllt war und die Veranstalter auch in finanzieller Hinsicht auf ihre Kosten kommen. Es war ein erfolgreicher Abend proletarischen Kunstschaffens.

Attentat auf den Generalmusikdirektor Hans Weisbach, so schallt es durch den hiesigen Blätterwald. In großer Aufmachung berichten die Zeitungen über einen Schuß, der auf die Wohnung des Generalmusikdirektors in der Inselstraße abgegeben wurde, und hier ist es besonders die sozialdemokratische Volkszeitung, die in ihren Spalten Tränen der Rührung über dieses Verbrechen vergießt. Doch auch so bald kommt die Sache anders. Als die Kriminalpolizei eifrig nach der Kugel dieses angeblichen Schusses geforscht hatte, stellte sich heraus, daß ein kleines Kieselsteinchen ein Fenster der Wohnung des Herrn Weisbach durchschlug und damit diese ganze Aufregung verursacht hat. Mächtig hat sich das sogenannte „Arbeiterblatt“, die Volkszeitung, ins Zeug gelegt, und das alles um ein kleines Kieselsteinchen.

Wer sind die Verräter?

„Eiserne“ Front sabotiert gemeinsamen Kampfaufmarsch der Arbeiter zum 1. Mai

Zwickau i. S., 18. April 1932.

Die Unterbezirksleitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei im UB. Zwickau hatte, im Interesse einer geschlossenen Kundgebung gegen den Faschismus, Verhandlungen mit dem Ortsausschuß der Freien Gewerkschaften geführt, für eine einheitliche Demonstration am 1. Mai. Auf die Treibereien der „Eisenfront“-Generäle hin mußten die Gewerkschaften dieses Jahr entgegen allen Gepflogenheiten, die Maidemonstration aber der SPD und ihrer „Eisenfront“ überlassen. Nach dieser Ablehnung mußte die SAP, da sie nicht gewillt war, unter den schwarz-rot-gelben Farben der Tolerierungsbanden zu marschieren, zu einer gesonderten Kundgebung aufrufen. Da die SAP kämpfen will unter proletarischen Losungen, unter roten Fahnen, gegen den Lohnraub, für die Senkung der Arbeitszeit, gegen die Hungerdiktatur der Hindenburg und Brüning, kann sie nicht unter den Losungen der Schrittmacher des Faschismus und der Tolerierer von der Hindenburgfront marschieren. Das ist klar. Und diese Leute hatten von vornherein die Absicht, die revolutionären Arbeiter nicht mit ihren reformistischen Anhängern in Berührung kommen zu lassen. Vor der Arbeiteröffentlichkeit glaubten sie aber diesen Verrat an der Klassenfront nicht verantworten zu können. Sie suchen diese Tatsachen daher in einem Aufruf der „Bezirkskampfleitung der Eisenfront“ zu verschleiern, indem sie schreiben:

Hamborn

Das bisherige Mitglied Hermann Lippmann ist mit sofortiger Wirkung am Sonntag, dem 17. April 1932, aus der SAP ausgeschlossen worden.

Ahlen

Die SPD auf dem Gimpelfang! Die SPD hatte am Sonntag im Schützenhof eine öffentliche Versammlung angesetzt, mit einem der „besten Redner“ Deutschlands, dem Reichstagsabgeordneten Pohlmeier-Hamburg. Pohlmeier, der sich in seiner früheren Tätigkeit im Münsterland schon gern mit Titeln schmückte und als „Dr. Hemsath“ usw. auftrat, machte mit seinen Phrasenwägen den Eindruck eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten von Parteivorstands Gnaden, der für Ahlen ein typisches Zeichen der Wellbrock-Partei überhaupt ist, da oppositionelle Genossen die Arbeitsgemeinschaft im Stadtverordnetenkollegium, die von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie reicht, stören könnten. Ziemlich lange Gesichter machten Wellbrocks Getreue einschließlich „Dr. Hemsath“, als ihnen unser Genosse Freischläger erklärte, daß er kein Reichstagsabgeordneter sei und in Harburg wegen seines unsoliden Lebenswandels sich vollständig unmöglich gemacht habe, daß auf Grund des Drucks der Mitgliedschaft und der breiten Öffentlichkeit sich dann die SPD-Bürokratie gezwungen gesehen hätte, P. als politischen Redakteur zu entlassen und ihn zu zwingen, sämtliche politischen Ämter niederzulegen. Im weiteren zeigte unser Genosse Fr. in der Diskussion die reaktionäre Haltung Braun-Severing in Preußen im allgemeinen sowie der SPD im besonderen auf. Das Niveau der Versammlung war so, wie es in den Jahren 1927/28 in den KPD-Versammlungen war, so daß die geistige Verfassung der „Wellbrocks“ sich durch eigene Lächerlichkeit selbst erledigte. Die Arbeiterschaft, die das Intrigenspiel der SPD-Bürokratie durchschaut und am eigenen Leibe zu spüren bekommen hat, wird am 24. April die SAP, Liste 18, wählen.

Schwelm

In unserer Mitgliederversammlung gab Genosse Kappel einen Bericht vom Parteitag. Eine ganze Reihe Diskussionsredner billigten die Haltung des Genossen Kappel auf dem Parteitag und vor allem begrüßten es die Versammelten, daß er mit aller Entschiedenheit gegen die Tendenzen aufgetreten ist, die sich irgendwie gegen die innerparteiliche Demokratie richten. Weiterhin sind sie der Meinung, daß die Partei nicht die Aktionen der Klasse ersetzen kann, daß vielmehr nur durch die Aktion der gesamten Klasse der Kapitalismus geschlagen werden kann.

Die Früchte des faschistischen „roten Volksentscheids“ und der Politik der „Nationalen und sozialen Befreiung“ sind nicht ausgefallen. Der „Sieg“ am vergangenen Sonntag hat auf die Anhänger der KPD so gewirkt, daß ein Dutzend Mitglieder des KJV und der KPD zu den Nazis übergetreten sind. — So sieht der Kampf gegen den Faschismus aus! Statt Revolutionierung Faschisierung des Proletariats.

Peine

Unsere nächste Versammlung findet am 22. April im Luisenhof mit den Genossen Günther, Braunschweig, und Brönnig, Peine, statt. Desgleichen folgen noch Versammlungen in Gadenstedt, Bierbergen, Hohenhameln und Abbensen mit den Genossen Altenhoff und Pötters als Referenten.

Elmshorn

Ist das ein rotes Preußen? Anlässlich des Bezirksparteitages am 8. April in Elmshorn wollte der Sozialistische Jugendverband, Bezirk Wasserkante, eine Propagandafahrt über

„Hat sich schon in früheren Jahren die Zerklüftung der Arbeiterklasse daran gezeigt, daß die Kommunisten ihren offenkundigen Arbeiterverrat in eigenen Maifeierveranstaltungen bewiesen, so kommt in diesem Jahre noch hinzu, daß auch die SAP ihre eigene Maifeier abhält und damit den dokumentarischen Beweis liefert, daß auch ihr Wirken nur zum Schaden der Arbeiterklasse sein muß.“

Wie wenig diese Schwindler von der „Schuld“ der SAP überzeugt sind, geht schon aus ihrem unsicheren Ton hervor. Daß sie aber trotzdem eine solche Beschuldigung wagen, ist ein Beweis für ihre grenzenlose Demagogie, die nur durch ihren Mangel an politischen Argumenten zu erklären ist. Wir werden aus diesem Anlaß dafür sorgen, daß überall ihr „offenkundiger Arbeiterverrat“, wie sie die Sabotage einer gemeinsamen Kundgebung am 1. Mai selbst nennen, bei allen Gewerkschaftskollegen, bei allen sozialdemokratischen Arbeitern angeprangert wird.

Genossen! Agitiert überall in den Betrieben, in den überparteilichen Organisationen der Arbeiterschaft für den Aufmarsch der SAP am 1. Mai, der für uns ein Kampftag werden soll. Wenn die Arbeiterbattalione in den roten Südgemeinden marschieren, unter den revolutionären Losungen der SAP, dann wird das die Quittung und die Antwort sein an die Verräter, die am lautesten Verrat schreien.

Neumünster, Itzehoe und Elmshorn machen. Der sozialdemokratische Vizepräsident Gruppe in Schleswig verbietet diese Veranstaltung mit der Begründung, daß hierdurch die „öffentliche Ruhe und Ordnung“ gestört und gefährdet werde. Das Reichsbanner und die braunen Mordbänden, die Nazis, haben am selben Tage die ganze Provinz befahren. Beide Organisationen, RB und SA, sind dem Kapitalismus wohl nicht gefährlich. SPD-Gruppe scheint recht zu haben! Unser SJV in Elmshorn hat nunmehr zum zweiten Male erfahren, daß wir im „eisernen Zeitalter des roten Preußens“ leben. Zum Zwecke der Erlangung der Fahrpreisermäßigung auf der Reichsbahn hatte der SJV Elmshorn beim Kreisausschuß für Jugendpflege in Pinneberg die Aufnahme im OJZ beantragt. Der Antrag ist abgelehnt, mit der Begründung, daß die Aufnahme nicht erfolgen kann, solange nicht einwandfrei festgestellt ist, daß der SJV keine einseitige Parteipolitik verfolgt. Einseitige Parteipolitik betreibt der SJV nicht, aber einseitige Klassenpolitik! Das gestehen wir ein. Aber was betreibt die SAJ denn? Diese Organisation ist doch Mitglied im OJZ? Klassenpolitik betreiben sie nicht, sonst wären sie ja nicht aufgenommen. Arbeitende Jugend, merkt ihr, wohin der Weg geht im „roten Preußen“? Agitiert für die Liste 18: Max Seydewitz—Otto Muhr.

Wilsnack

Falscher Baurat veraltet das Moorbad. Der Verwalter des Moorbades Wilsnack hatte sich als Baurat Dr.-Ing. Schmitz ausgegeben. Nun stellt sich heraus, daß er weder den Dokortitel noch den eines Baurats hat. Die Führung der Titel ist ihm polizeilich verboten worden. Da werden die guten Wilsnacker staunen, meinten sie doch sicher, mit solchen „Titeln“ ihr Bad beim zahlungswilligen Publikum sehr ins Ansehen zu bringen.

Biedenkopf

Die Furcht der SPD. Am Sonntag sprach Dr. Liebschütz (SPD) zum Landtagswahlkampf. Er rühmt Preußen als einen „Arbeiterstaat“. Dem Diskussionsredner unserer Partei, Genossen Marckwald, wurde das Wort verweigert. Der Vorsitzende Weiß erklärte, er habe Weisung aus Frankfurt, keine Diskussion zuzulassen, und müsse sich aus Parteidisziplin fügen. Genosse Doll teilte der Versammlung mit, daß Genosse Marckwald abends in unserer Versammlung sprechen würde und daß hier jeder Gegner volle Redefreiheit haben würde. Unsere Versammlung war bedeutend besser besucht als die der SPD. Aber kein Sozialdemokrat machte von der Diskussionsfreiheit Gebrauch. Die Apparatherrscher der SPD wissen genau, daß sie unsere Behauptung nicht widerlegen können, daß die Sozialdemokratie in Preußen im Klassenkampf gegen das Proletariat steht. Begründete Furcht zwingt sie, der Aussprache aus dem Wege zu gehen.

Nürnberg

Die KPD fürchtet Diskussionen mit der SAP, weil es uns zusehends gelingt, kommunistische und indifferente Arbeiter für eine vernünftige revolutionäre Gewerkschafts- und Einheitsfrontpolitik zu gewinnen. Z. B. hatte in einer Distriktversammlung der SAP im Stadtteil Mögeldorf der kommunistische Diskussionsredner, trotzdem er zweimal je eine halbe Stunde sprach, mit seinen Schimpfereien nicht mal bei den eigenen Genossen Erfolg, während drei Indifferente für die SAP gewonnen wurden. Jetzt veranstaltet die KPD, die immer soviel von der proletarischen Diskussion redet, fünf große Versammlungen mit ersten „Kanonen“ — ohne Diskussion.

Neues vom Bürgerbrot. Die Staatspartei ist auf ihrer Suche nach bürgerlichen Ehepartnern an den „Bayerischen Bauern- und

Prolet, greif zu!

Öffentliche Wählerversammlung der SAP in Pommern

4. Stettin: Lokal Weber, Pflitzer Str. 79a. Referent H. Reich, Berlin. Mitgliederversammlung mit Gästen.
4. Falkenwalde: Lokal „Unter Linden“. Referent Kurt Binder, Stettin.
- Torgelow: Lokal „Lindenhof“. Referent Fritz Lamm, Stettin.
4. Eggewin: Lokal „Sorgatz“. Referent Kurt Binder, Stettin.
- Oeckermünde: Lokal Berndt. Referent Fritz Lamm, Stettin.

Mittelstandsbund“ geraten. Nachdem sie sich vom Jungdo geschieden hat, die Volkspartei und die Wirtschaftspartei eine Gemeinschaftliste für sich aufgestellt haben, blieb nur noch der Bauernbund für eine Wahl-Zeile, pardon Wahlzeit-Ehe, übrig. Wir gratulieren. Kennwort dieser Listenverbindung: „Liste drei — Staatspartei — Bürgerbrot.“

Zeitz

Seydewitz-Versammlung am Sonnabend im Schützenhaus, 20 Uhr. Nachmittag im Zipsendorf. Alle Genossen müssen die stärkste Propaganda entfalten. In unseren linken Ortschaften müssen wir unsere ganzen Kräfte bis zum Letzten einsetzen. Seid alle zur Stelle, wenn durch Handzettel zur Flugblattverbreitung aufgefordert wird. Montag, den 26. April, Mitgliederversammlung. Keiner darf fehlen.

Die SPD in Droyßig bei Zeitz hielt eine öffentliche Versammlung ab. Es sprach der SPD-Sekretär Kampf aus Merseburg über: „Kampf um Preußen“. Einige Stichproben: „Die eiserne Front hat durch die Wahl Hindenburgs endgültig den Faschismus geschlagen.“ (Trotz Zunahme von zwei Millionen Nazi-Stimmen.) Durch dieses kleine Uebel sei uns die freie Republik und freieste Verfassung erhalten geblieben. Dann verzapfte er noch den Blödsinn, viele Anhänger der SAP hätten Hitler gewählt. Derartige Hirngespinnste können nur dem Spatzengehirn eines Futterkrippen-Politikers entspringen. Severing erhielt ein besonderes Lob, weil er es verstanden habe, von 45 Polizeipräsidentenstellen die Hälfte mit Sozialdemokraten zu besetzen. Er soll nur einmal die Proleten und Erwerbslosen fragen, ob bei Straßensäuberungen sie den Unterschied zwischen einem Gummiknüppel, der unter sozialdemokratischem oder deutschnationalem Kommando steht, entdeckt haben. Bevor der Versammlungsleiter unserem Genossen Hildebrand das Wort erteilte, hielt er etwa zehn Minuten eine Brandrede gegen denselben. Genosse Hildebrand knöpfte sich den Wald- und Wiesenonkel gehörig vor. Als er etwa zehn Minuten gesprochen hatte und wörtlich sagte: „Die Regierung Braun-Severing hat der Kirche 80 Millionen in den Rachen geschmissen, den ostelbischen Junkern ungezählte Millionen zugesichert und gleichzeitig die Wohlfahrtsleistungen gesenkt“, wurde ihm vom Landjäger wegen Beleidigung der Regierung das Wort entzogen. Ein zweiter Genosse von uns wollte weiterreden, bekam aber das Wort nicht.

Sächsische Konkurse

Im Monat März sind in Sachsen 228 (im Vormonat 214) Anträge auf Konkursöffnung gestellt worden. Von diesen entfallen 106 auf die Städte Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zwickau. 125 Anträgen ist stattgegeben worden, während 103 (im Vormonat 99) mangels Masse abgelehnt sind. Von den neuen Konkursunternehmungen und eingetragene Erwerbsunternehmungen und Einzelfirmen, 30 Gesellschaften (darunter 15 offene Handelsgesellschaften und 11 Gesellschaften m. b. H.), 20 natürliche Personen, 52 Nachlässe und 4 andere Gemeinschaften. 47 entfielen auf die Industrie, 72 auf den Warenhandel (davon 15 Großhandel) und 37 auf sonstige Gewerbe (Handwerk, Gast- und Schankwirtschaft usw.)

Die voraussichtliche Höhe der Forderungen ist bei diesen Konkursen in 14 Fällen auf weniger als 1000 M., in 48 Fällen auf 1000 bis 10 000 M., in 76 Fällen auf 10 000 bis 100 000 Mark, in 16 Fällen auf 100 000 bis 1 Million und in 2 Fällen auf über 1 Million M. geschätzt worden.

Neben den Konkursen sind noch 84 (im Vormonat 74) gerichtliche Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden. Davon betrafen 48 nicht eingetragene Erwerbsunternehmungen und Einzelfirmen, 27 Gesellschaften (darunter 15 offene Handelsgesellschaften und 7 Gesellschaften m. b. H.), 7 natürliche Personen, 1 Nachlaß und 1 anderen Gemeinschaften. 38 entfielen auf die Industrie, 27 auf den Warenhandel (davon 9 Großhandel) und 11 auf sonstige Gewerbe (Handwerk, Gast- und Schankwirtschaft usw.).

Ein Vergleich zwischen dem 1. Vierteljahr 1932 und dem 1. Vierteljahr 1931 zeigt, daß die Zahl der Konkurse von 697 auf 637 zurückging, während die Zahl der gerichtlichen Vergleichsverfahren von 186 auf 218 stieg.

Organisationenachrichten

SAP und SJV Nürnberg: Mittwoch, 20. 4., 19.30 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im großen Saal der Rest. Merk. Prechtelgasse 16/L. Gen. Fritz Rück spricht über die Rolle der Partei im Kampf gegen den Faschismus. Erscheinen ist Pflicht.

Arbeiterinnen, seht Eure Löhne an!

SPD-Liste ist für die Arbeiterin unmöglich

I. R. Am 24. April steht die Arbeiterin erneut vor der Entscheidung: Wem soll sie ihre Stimme geben? Sie hat nicht einfach zu wählen zwischen den zwei Fronten der Bourgeoisie, der Ausbeuterklasse, und der Klasse des Proletariats. Sie muß entscheiden auch zwischen den verschiedenen Listen derjenigen Parteien, die alle für sich in Anspruch nehmen, daß gerade sie die Interessen der Arbeiter und besonders der Arbeiterinnen vertreten würden. Hier soll deshalb heute speziell die Frage herausgehoben werden: Warum ist die SPD, trotz ihrer gegenteiligen Versicherungen und trotz ihrer lebhaften Unterstützung durch die Gewerkschaften, Konsumvereine und anderen wichtigen Institutionen der Arbeiterklasse, nicht die Partei, der die Stimmen der Arbeiterinnen zukommen? Wir wollen diese Frage nur von einer einzigen, aber sehr entscheidenden Seite her, nämlich dem Lohn, untersuchen.

Hat nicht die SPD von jeher und besonders bei allen Wahlen den Arbeiterinnen immer wieder versichert: Wenn Ihr uns wählt, dann wird es Euch besser gehen. Wir, die SPD, und die uns eng verbundenen Gewerkschaftsführer werden dafür sorgen, daß Eure Löhne steigen, daß Ihr Arbeit und Brot habt und Eure ganze Lebensweise sich verbessert. Stellte nicht die SPD in der ganzen Nachkriegszeit bisher eine Macht dar, deren Stellungnahme und Aktionen für die Kraftverteilung zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft ausschlaggebend waren? Hätte, wenn sie sich an die Spitze des Kampfes stellte, die zahlenmäßig viel kleinere Schar der Trustherren und Großgrundbesitzer von der geschlossenen Arbeiterklasse nicht längst endgültig besiegt und beseitigt werden können? Das wird jede Arbeiterin zugeben müssen. Sie wird weiter zugeben, daß ohne die ständigen Beruhigungs- und Ablenkungsmanöver der SPD- und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer schwerlich eine Lohnverschlechterung nach der anderen so kampflos hingenommen worden wäre, wie das in den letzten Jahren der Fall war.

Wie hat die Sozialdemokratie 1918/19, als die Bourgeoisie sich in die Mauselöcher verkroch, darauf gepocht, daß nun die alten Löhne in Erfüllung gehen würden: volle Gleichstellung der Geschlechter auf allen Gebieten und gleicher Lohn für gleiche Leistung! Wie aber sah es in all den Jahren seit jenen Versprechungen, wie sieht es vor allem gegenwärtig damit aus?

Im vorigen Jahr wurden von den in Frage kommenden Behörden in mehreren Industriezweigen Erhebungen nicht nur — wie allgemein üblich — über die Tariflöhne, sondern auch über die tatsächlich gezahlten Löhne (Effektivlöhne) veranstaltet. Dabei wurden u. a. rund 15 000 über 20 Jahre alte Arbeiterinnen der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie erfaßt und für sie ein durchschnittlicher Stundenverdienst (einschließlich aller Zuschläge) von 58 Pfg. ermittelt. Der durchschnittliche Stundenlohn der männlichen Hilfsarbeiter betrug 89,8 Pfg. Das ist 36,2 Prozent pro Stunde mehr als der Arbeiterinnenlohn und zwar von Gruppen, bei denen die Arbeiterinnen-Leistungen sicherlich nicht unter denen der männlichen Arbeiter zu bewerten sind. In der Musikinstrumentenindustrie erhielt zu derselben Zeit der Durchschnitt der erfaßten Facharbeiterinnen 74,9 Pfennig pro Stunde (Stücklohn-Bezahlung). Der Durchschnitt der männlichen Facharbeiter hatte einen Stundenverdienst von 1,26 M. und der Durchschnitt der angelernten männlichen Arbeiter (Zeitlöhner) 95,7 Pfg. Der Durchschnitt der angelernten Frauen aber hatte einen Stundenverdienst von nur 65,8 Pfg. Der männliche Facharbeiter bekam also 40,6 Prozent mehr als die Facharbeiterin, und sogar der angelernte männliche Arbeiter hatte noch einen um 21,8 Prozent höheren Stundenverdienst als die Facharbeiterin, obwohl er noch dazu im Zeitlohn und jene im Stücklohn arbeitete. Die angelernte Arbeiterin erhielt um 81,2 Prozent weniger als der angelernte Arbeiter.

Im Juni 1931 wurde eine weitere Erhebung in der chemischen Industrie veranstaltet. Von den rund 11 000 hierbei erfaßten Arbeiterinnen der verschiedenen Zweige der chemischen Industrie, die über 20 Jahre zählten, und die sämtlich im Produktionsprozeß selbst, also nicht als Reinmachefrauen u. dgl., beschäftigt waren, arbeiteten 3280 im Zeitlohn, 3479 im Stücklohn und 4076 gegen Prämienbezahlung. Einschließlich der Zuschläge verdienten die im Zeitlohn beschäftigten Frauen im Durchschnitt 57,2 Pfg. pro Stunde, die im Prämienlohn stehenden 62,7 Pfg. und die gegen Stücklohn arbeitenden 66,1 Pfg. Der durchschnittliche Stundenverdienst aller drei Kategorien betrug also 62,1 Pfg. Die männlichen Betriebsarbeiter aber — ohne die noch höher entlohnten Handwerker — hatten einen durchschnittlichen Stundenverdienst von 98,3 Pfg. zuzuweisen, also 36,2 Pfg. pro Stunde mehr als die Arbeiterinnen! Die

Frauen gingen damals bei einer durchschnittlichen Kurzarbeitszeit von etwas über 43 Stunden mit Brutto-Wochenverdiensten von 24,79 bis 28,49 Mark nach Hause, von denen dann noch die Sozialabgaben usw. abgingen.

Inzwischen sind diese Löhne durch verschiedene Lohnabbau-Verordnungen, ganz besonders durch die Notverordnung vom 8. Dezember, noch erheblich heruntergedrückt worden. Die Sozialdemokratie aber hat diese Notverordnungen nicht nur ohne Kampf geschluckt, sondern noch selbst letzten Endes unterstützt! Die Arbeiterinnen sind hierbei trotz ihrer sowieso schon unerhört niedrigen Entlohnung und trotz der bestehenden Kluft zwischen den Männer- und Frauenlöhnen zum großen Teil noch stärker belastet worden als ihre männlichen Arbeitskollegen. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts brachte die Notverordnung vom 8. Dezember den männlichen Facharbeitern eine durchschnittliche Herabsetzung des tariflichen Stundenlohnes von 9,1 Prozent, den männlichen Hilfsarbeitern von 9,3 Prozent, den weiblichen und angelernten Facharbeitern aber von 11,4 Prozent und den Hilfsarbeiterinnen von 11,3 Prozent. Nach Berechnungen des ADGB sind diese Angaben insgesamt noch viel zu niedrig, es sind gerade solche Industriezweige dabei nicht berücksichtigt, in denen besonders viele und besonders niedrig entlohnte Arbeiterinnen vorhanden sind, wie z. B. die

Landwirtschaft und die Tabakindustrie. Die ADGB-Bundesleitung aber beschränkt sich bei Veröffentlichung der Ergebnisse ihrer Tariflohnuntersuchungen bezeichnenderweise schon seit längerer Zeit auf Angaben über die Löhne des männlichen Vollarbeiters.

Die SPD setzt auch jetzt, wo schon wieder ein neuer Lohnabbau seitens der Unternehmer eingesetzt hat, einem entschiedenen Abwehrkampf Widerstand entgegen. Sie hat in einer solchen Situation den Arbeitern und Arbeiterinnen zugemutet, bei den Reichspräsidentenwahlen für den Kandidaten des Bürgertums und der kapitalistischen Ausbeuter, Hindenburg, zu stimmen. Jetzt sagt sie den Arbeitern und Arbeiterinnen, daß sie durch eine Stimmabgabe für die sozialdemokratischen Minister Braun und Severing ihre eigenen Interessen wirksam vertreten würde, obwohl diese in der Preußen-Regierung als Abwürger von Arbeiterkämpfen und Geschäftsmacher mit der Bourgeoisie am stärksten in den Vordergrund getreten sind.

Gerade aus der Aera der sozialdemokratischen Ministerei in Preußen können die Arbeiterinnen entnehmen, daß ihre Interessen nur außerhalb der parlamentarischen Kuppelhandlungen, nur im schärfsten Kampf gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter und deren ganzen Staatsapparat vertreten werden können. Nur die Partei, die diese Auffassung hat, die das Parlament im wesentlichen nur als Tribüne zur Proklamierung der Arbeiterinteressen benutzt und ihre ganze Kraft auf die außerparlamentarische Mobilisierung der Massen zum rücksichtslosen Kampf für ihre Forderungen als Klasse der Ausbeuteten konzentriert, darf am 24. April die Stimme der Arbeiterinnen wie überhaupt aller Arbeiter und Ausbeuteten erhalten. Diese Partei aber ist, da die Kommunistische Partei seit Jahren infolge einer verantwortungslosen Abenteuerpolitik versagt, allein die SAP. Das müssen alle ihre Mitglieder und Sympathisierenden den Arbeiterinnen sehr eindringlich und deutlich aufzeigen. Die Arbeiterinnen dienen ihrem Interesse am besten, wenn sie am 24. April ihr Wahlrecht ausnutzen und ihre Stimme abgeben für die Liste der SAP, um dann nach der Wahl auch weiter in den Reihen der SAP in ihrem Sinne aktiv tätig zu sein.

In die Betriebe
Auf die Stempelstellen
In die Mietskasernen
gehört

Die Tageszeitung
der Werktätigen

die SAZ

Partei im Wahlkampf

Im Peiner Bezirk

Schon als andere Parteien, mit Ausnahme der Nazis, noch gar nicht in Aktion getreten waren, sprachen Genosse Jacobsen, Berlin, in Peine vor 200 Arbeitern, Genosse Brenning in Adenstedt vor 95, Rosenthal 70, Gr.-Bülten 40, in Vöhrum, Oberg und Dangelbeck vor 40 Arbeitern. Die beiden Ortgruppen Stedterdorf und Gr.-Solschen veranstalteten eigene öffentliche Versammlungen mit den Genossen Wiesener und Kämmer, Braunschweig, die beide einen guten Besuch aufwiesen. So sprach Kämmer in Gr.-Solschen vor 50 Arbeitern, während die gewesene SPD-Kanone Leinert vor kurzem nur noch eine Anziehungskraft auf etwa 30 ausüben konnte. Angespornt durch die Erfolge der ersten Woche, gehen wir mit Zuversicht in die Kämpfe der zweiten Woche, die uns über den Kreis Peine hinaus in die benachbarten Kreise führen soll, um auch den dort ansäßigen Klassengenossen Kunde zu bringen von der geschichtlichen Mission der SAP.

Bergedorf-Lohbrügge

In unserer ersten öffentlichen Versammlung sprachen der Genosse Bobzien, Hamburg, und die Genossin Fabian, Berlin. Die beiden Referenten gaben ein klares Bild von der heutigen Situation und rechneten scharf mit der Politik der SPD und KPD ab. Sie zeigten klar auf, daß es nur möglich ist den Faschismus zu schlagen, bevor er zur Macht kommt. Die Einheitsfront herzustellen, sei die vornehmste Aufgabe der SAP.

Im Osnabrücker Bezirk

Nach den erfolgreichen Versammlungen mit dem Genossen Seydewitz in Osnabrück und Dramsche folgten eine Reihe weiterer Wählerversammlungen, in denen Genosse Ehlers, Bremen, über das Thema „Arbeiterklasse im Kampf“ referierte. In Eversburg stellte sich in der Diskussion der KPD-Genosse Brand. Der Genosse Ehlers verstand es ausgezeichnet, die verderbliche RGO-Politik der KPD zu kennzeichnen. — Auch in Georgsmarienhütte vermochte Genosse Ehlers die Arbeiter von der Notwendigkeit der SAP zu überzeugen. — Die werktätige Bevölkerung in Pente zeigte ebenfalls starkes Interesse für unsere

Versammlung, die sehr stark besucht war. — In Holzhausen fand am Freitag erstmalig eine SAP-Versammlung mit gutem Erfolg statt. Nach des Genossen Ehlers Referat sprach ein Zentrumsarbeiter. Er glaubte nur an die großen Parteien und vertrat den Gedanken der Volksgemeinschaft. Ihm wurde eingehend die kapitalistische Einstellung des Zentrums vor Augen geführt und gezeigt, daß der Wille der Arbeiter im Zentrum nichts gilt. Beweis genug dafür ist die brutale Notverordnungs politik des Zentrumministers Stegerwald. Seine Notverordnungen richten sich gegen alle Arbeiter gleichermaßen. Fast restlos kauften die Arbeiter unsere neueste „Weser-Ems-Fackel“.

Stutzbarbach

Zu einer Auseinandersetzung mit Faschisten, die den Saal zur Hälfte gefüllt hatten, kam es in einer Versammlung mit Genosse Haerberlein, Nordhausen, als Referenten. In der Diskussion sprach Nazi-Falke über die Sünden des „Marxismus“, so wie er ihn auffaßt. Genosse Haerberlein rechnete in seinem Schlusswort gründlich mit den Lakaien des dritten Reiches ab.

Gelsenkirchen

Ein sehr wirkungsvolles Referat hielt Genosse Seydewitz vor der Gelsenkirchener Arbeiterschaft. Besonders scharf rechnete er ab mit der Politik der SPD, die vollkommen im Dienste der herrschenden Klasse steht und deren Pseudo-Marxismus es den Faschisten so leicht macht, die SPD-Politik mit dem Marxismus zu identifizieren. Genosse Seydewitz zeigte klar und deutlich den Ausweg aus den kapitalistischen Krisenchaos auf.

Westhavelland

In gut besuchter Versammlung sprach Genosse Meschkat in Pritzerbe. Der Beifall war einmütig. Zur Diskussion meldete sich niemand. — In Milow sprach in der Debatte ein Kommunist sachlich, aber gegen die Einheitsfront. Die Zustimmung in der Versammlung hatte Genosse Meschkat. — Auch in Döberitz wo Genosse Braun referierte, kam es zu einer Auseinandersetzung mit einem Mitglied der KPD. In allen Versammlungen stellen wir steigende Sympathie der SPD-Genossen fest.

Revolutionäre Pazifisten stimmen für die SAP

Die „Welt am Montag“ vom 18. April behauptet, daß die Gruppe der Revolutionären Pazifisten zur Preußenwahl die Parole für die SPD herausgegeben hätte. Das ist in doppelter Hinsicht eine glatte Fälschung. Das beweist das letzte offizielle Rundschreiben der Gruppe Revolutionärer Pazifisten. Dort heißt es u. a.:

„Eine Parole für die Preußenwahlen gibt die Gruppe nicht aus; ihr Charakter als einer überparteilich-sozialistischen Kampfgemeinschaft verbietet ihr das. Nach meiner persönlichen Ueberzeugung hat es Sinn, für die SAP zu stimmen, um die Aussichten einer jungen Partei zu stärken, die uns programmativ besonders nahe steht. Solange die verrückte, wahrhaft antiproletarische Taktik der KPD den Nationalsozialismus praktisch fördert, statt seiner Machtergreifung entgegenzuarbeiten, scheint mir bei Parlamentswahlen, zumindest in Preußen, Stimmabgabe für die kommunistische Liste seitens eines Sozialisten selbstmörderisch.“

Die „Rote Fahne“ blamiert die KPD

Bei dem bürokratischen Regime in der KPD ereignet es sich recht häufig, daß die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut. So schrieb die „Rote Fahne“ vom 17. April unter der Überschrift „Frecher Wahlbetrug der SPD“:

„Der sozialdemokratische Bürgermeister Lange von Berlin hat eine Reihe von Splittergruppen, die in Berlin zur Landtagswahl zugelassen sind, nicht, wie es die ministeriellen Vorschriften erfordern, an den Schluß der Liste gesetzt, sondern zwischen die Parteien eingereiht. Dadurch hat die völlig unbekannt „Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten“ die Liste 4a bekommen.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich hierbei um einen frechen Wahlbetrug der SPD handelt, der nur dazu dienen soll, die proletarischen Wähler zu verwirren. Trotz sofort eingeleitetem Protest hat sowohl der Landeswahlleiter wie der sozialdemokratische Kreiswahlleiter eine Aenderung in der Listennumerierung abgelehnt.

Wir erheben gegen diesen frechen Wahlbetrug der SPD öffentlich schärfsten Protest. Jeder Arbeiter, jeder Werktätige sieht an den Vorgängen, mit welch verzweifelten Mitteln die SPD ihre Machtpositionen zu halten und die Führung des revolutionären Proletariats zu bekämpfen sucht. Insbesondere den Kleinrentnern und Inflationsgeschädigten sagen wir, daß ihre Stimmen nicht dieser dunklen „Interessengemeinschaft“ gehören, die nur die Geschäfte des faschistischen Klassenfeindes besorgt, sondern allein der Kommunistischen Partei, die alle Kämpfe der Ausbeuteten führt.“

Der Artikelschreiber in der „Roten Fahne“ übersieht in seinem blinden Eifer, der SPD eins auszuweichen, daß er der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg dabei ein kräftig hinter die Ohren haut.

Denn in den amtlichen Veröffentlichungen über die Liste 4a befindet sich der Vermerk „Angeschlossen dem Landeswahlvorschlag Nr. 4 der Kommunistischen Partei Deutschlands“. Die Schuld an der Verwirrung der Wähler und die Verschaffung der Möglichkeit an eine dunkle Splittergruppe trifft also lediglich die Bezirksleitung der KPD, die die Listenverbindung eingegangen ist, denn eine Listenverbindung ist nur mit beiderseitiger Zustimmung der Beteiligten möglich. Es entbehrt dabei nicht eines besonderen Reizes, daß der Spitzenkandidat der „Interessengemeinschaft“, Hans Pitark, im Namen einer angeblichen „Linksoptionellen Gruppe in der KPD“ im November 1929 eine große Kampagne gegen die KPD an den Litfaßsäulen führte.

Kommunistenverhaftungen in Polen

TU. Warschau, 18. April 1932

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden kommunistischen Kundgebungen am 1. Mai werden von den Sicherheitsbehörden im ganzen Lande zahlreiche Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen. Vor allen Dingen soll dadurch die kommunistische Werbetätigkeit unterbunden werden. So wurden beispielsweise in Krakau u. a. auch vier Rechtsanwaltsanwärter wegen kommunistischer Umtriebe verhaftet.

Ein Kommunist erstochen

Mainz, 18. April 1932.

Wie die Polizei mitteilt, wurde am Sonntagabend im benachbarten Flörsheim nach einer Wählerversammlung der Kommunist Gottfried Nöppel aus Rüsselsheim von einem politischen Gegner auf der Straße erstochen.

Graphische Arbeiter, rüstet zum Kampf!

Zu dem, von uns bereits gestern mitgeteilten Schiedspruch mit den großen Verschlechterungen des Manteltarifs im Buchdruck gewerbe schreibt uns ein Buchdrucker:

Mit dieser Regelung wird prinzipiell an dem bezahlten Urlaub geführt. Der Abbau der Urlaubsschuldung um 30 Prozent bedeutet nichts anderes, als daß das Prinzip des vollbezahlten Urlaubs, das von den Gewerkschaften bisher immer vertreten wurde, durchbrochen und der Urlaub für den Arbeiter praktisch wertlos gemacht wird. Wenn die Gewerkschaften diese neue Art des Raubens und der Unterdrückung schlucken muß oder nicht.

Die graphischen Arbeiter müssen die letzte und schärfste Waffe, den Streik, einsetzen, weil es von ihnen abhängt, ob die gesamte Arbeiterschaft diese neue Art des Raubens und der Unterdrückung schlucken muß oder nicht. Notwendig ist, daß sich nicht nur die Mitglieder, sondern auch die Führung darüber klar werden, daß dieser Abbau der Ferienbezahlung den Urlaub selbst treffen soll. Noch wagt man nicht offen zu sagen, der Urlaub muß verschwinden, deshalb versuchen es die Schaufmacher in verhüllter Form. Dem ersten Schritt auf diesem Wege nicht gewährt, ihn nicht verhindert, das bedeutet für die Zukunft den Verzicht auf den Urlaub überhaupt, das heißt sein Einverständnis bezeugen oder eine Ohnmacht zugeben, obwohl man in Wirklichkeit noch voll kampffähig ist. Die stärksten Sparten des Gewerbes, etwa die Maschinensetzer und die Rotationsdrucker, müssen sich bewußt sein, daß sie den Vorstoß zu machen haben. Es gibt nur noch wenige Gelegenheiten, wo stärkste Arbeiterorganisationen auf relativ schwache Gegner im Unternehmertum treffen. Diese Position muß ausgenutzt werden. Die Mitglieder in den beteiligten Verbänden müssen darauf bestehen, daß endlich die Kampfkraft der Organisationen eingesetzt wird, um der Reaktion den Mut zu weiteren arbeiterfeindlichen Maßnahmen zu nehmen und der Arbeiterschaft das Vertrauen in die eigene Kraft wiederzugeben.

Es ist gleichzeitig notwendig, zum Gegenstoß auszuholen. Es gilt, die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich in diesem Kampfe mitzuveringern. Läßt man in dieser Frage alles beim alten, so wird wieder ein kostbares Jahr vergehen, da vor Ablauf eines eventuellen neuen Manteltarifs diese Forderung nur schwer verwirklicht werden kann. Die Verantwortung ist schwer, ein Zurückweichen nicht zu entschuldigen. Die Mitgliedschaft hat die Entscheidung zu fällen. Sie muß kämpfen.

die Unternehmer aller Gewerbegebiete und die ihnen zur Seite stehende Regierung mit ihrem Schlichtungsapparat die Gewähr und die Sicherheit dafür, daß sie das Experiment in allen übrigen Berufsgruppen ohne Gefahr wiederholen können, da in diesen die Arbeiterschaft entweder nicht so straff organisiert ist oder aber viel stärker durch die Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft gezogen ist.

Die graphischen Arbeiter müssen die letzte und schärfste Waffe, den Streik, einsetzen, weil es von ihnen abhängt, ob die gesamte Arbeiterschaft diese neue Art des Raubens und der Unterdrückung schlucken muß oder nicht.

Notwendig ist, daß sich nicht nur die Mitglieder, sondern auch die Führung darüber klar werden, daß dieser Abbau der Ferienbezahlung den Urlaub selbst treffen soll. Noch wagt man nicht offen zu sagen, der Urlaub muß verschwinden, deshalb versuchen es die Schaufmacher in verhüllter Form. Dem ersten Schritt auf diesem Wege nicht gewährt, ihn nicht verhindert, das bedeutet für die Zukunft den Verzicht auf den Urlaub überhaupt, das heißt sein Einverständnis bezeugen oder eine Ohnmacht zugeben, obwohl man in Wirklichkeit noch voll kampffähig ist. Die stärksten Sparten des Gewerbes, etwa die Maschinensetzer und die Rotationsdrucker, müssen sich bewußt sein, daß sie den Vorstoß zu machen haben. Es gibt nur noch wenige Gelegenheiten, wo stärkste Arbeiterorganisationen auf relativ schwache Gegner im Unternehmertum treffen. Diese Position muß ausgenutzt werden. Die Mitglieder in den beteiligten Verbänden müssen darauf bestehen, daß endlich die Kampfkraft der Organisationen eingesetzt wird, um der Reaktion den Mut zu weiteren arbeiterfeindlichen Maßnahmen zu nehmen und der Arbeiterschaft das Vertrauen in die eigene Kraft wiederzugeben.

Es ist gleichzeitig notwendig, zum Gegenstoß auszuholen. Es gilt, die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich in diesem Kampfe mitzuveringern. Läßt man in dieser Frage alles beim alten, so wird wieder ein kostbares Jahr vergehen, da vor Ablauf eines eventuellen neuen Manteltarifs diese Forderung nur schwer verwirklicht werden kann.

Die Verantwortung ist schwer, ein Zurückweichen nicht zu entschuldigen. Die Mitgliedschaft hat die Entscheidung zu fällen. Sie muß kämpfen.

Bewag-Angestellte und Preußenwahl

Wieder einmal ruft die „Eiserne Front“ der Bewag die Belegschaft zu einer Vollversammlung auf, die am Mittwoch, dem 20. 4., 5 Uhr nachmittags, in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110, stattfindet.

Wieder einmal haben sie sich eine „Referenten-Kanone“ geholt. Der Herr Polizeipräsident Grzesinski wird sich der mühevollen Aufgabe unterziehen, der Belegschaft klar zu machen, wie herrlich es sich in diesem „Braun-Preußen“ der Notverordnungen leben lasse.

Lasse dich nicht länger aufführen von einer Betriebsvertretung, die in Wahlzeiten eine Aktivität vortauscht, die sonst nicht zu finden ist.

Wie steht es doch mit der Bekämpfung des Lohnabbaus? Hast du vergessen, daß der Lohnraub teilweise weit mehr als 10 Prozent beträgt?

Wie sieht es um den Schiedspruch aus, in dem die Auffassung der Bewag-Direktion unterlag? Gewerkschaften und Betriebsrat hüllen sich in Schweigen und verheimlichen dir, daß die Direktion den bindenden Schiedspruch nicht gelten lassen und Ansprüche hieraus auf dem Wege der Einzelklage erledigt wissen will.

Wie steht es um deinen Manteltarifvertrag? Dämmert es dir nicht, daß die Verhandlungen nur deshalb ins Stocken geraten — mußten, um dich noch für die Preußenwahl ebenso einzufangen, wie es zur Reichspräsidentenwahl zum Schaden deiner Klasse geschehen ist.

Wie steht es um die Bekämpfung des Faschismus in den Bewag-Betrieben? Die Nazi-Pest, von der auch dein Betriebsrat ein Liedchen singen kann, breitet sich immer mehr aus, zum Schaden der freigewerkschaftlich organisierten, klassenbewußten Belegschaft. Willst du das alles noch länger tolerieren, bis auch du aus dem Betriebe hirsurationalisiert bist?

Prolet, greif zu!

Kämpfe in den Gewerkschaften in den Reihen derer, die in ihnen nicht Unterstützungsvereine und Garanten für den Aufstieg einzelner Kollegen erblicken, sondern die dafür eintreten, daß sie wieder die Macht-

faktoren werden, die notwendig sind zur Abwehr von Lohnraub und Tarifverschlechterung, notwendig zur Beseitigung der legalisierten, deshalb aber nicht weniger gefährlichen faschistischen Gefahr, und notwendig zur Überwindung des Kapitalismus durch die geeinte Arbeiterklasse.

Prolet, greif zu und entscheide dich am Sonntag für die Partei, die ehrlich bestrebt ist, deine und die Interessen deiner Klasse entschieden zu vertreten, und gib deine Stimme der

SAP, Liste 18

Batas Ausbeutungsmethoden

Er klagt gegen das „Tagebuch“

Der tschechische Schuhindustrielle Bata hat jetzt eine Unterlassungsklage gegen den Schriftsteller Ehrenburg angestrengt, die am 20. Mai vor der 19. Zivilkammer beim Landgericht 2 zur Verhandlung kommen wird. Bata will durch diese Klage erreichen, daß Ehrenburg verboten wird, von ihm in einem Artikel, der kürzlich im „Tagebuch“ erschien, aufgestellte Behauptungen weiter zu verbreiten. Ehrenburg hatte in dem Artikel gesagt, daß die Arbeitszeit in den Bataischen Betrieben täglich 10 bis 14 Stunden betrage und die Arbeitslöhne ebenfalls unter dem „reif“ lägen. Jede Dienstversäumnis könne Strafen bis zu fünf Tagen Lohn bringen. Selbst die Chefs der Filialen würden streng wie Soldaten behandelt. Nur durch diese Art und Weise habe Bata den Konkurrenzkampf gegen die Schuhindustrie des übrigen Europas mit Erfolg führen können. Zwei der Bataischen Aktiengesellschaften haben bereits gegen diese Behauptungen eine einstweilige Verfügung erwirkt.

Das Kreüger-Konzilium



Die Untersuchungs-Kommission der schwedischen Regierung bei einer Sitzung. Von links nach rechts: Direktor Browaldh, Generaldirektor Nothin, Bankdirektor Wallenberg und Professor Fehr.

Englands Handelsminister zehrt Bilanz

Gelegentlich der Ausschlußberatungen über den Haushalt des Handelsministeriums bemerkte der Handelsminister Runciman, daß infolge der Dumping-Abwehrzölle

die Einfuhren nach England um rund acht Millionen Pfund und mittelbar um etwa 16 bis 17 Millionen Pfund herabgedrückt

worden seien. Dies habe zu einer vermehrten Kaufkraft Englands geführt und den heimischen Industrien einen neuen Anstoß gegeben, wie man ihn seit 1921 nicht mehr erlebt habe. Gemessen an der englischen Ausfuhr, habe England unter der Zusammenschumpfung des Handels weniger als die übrige Welt gelitten.

Runciman lenkte dann die Aufmerksamkeit des Unterhauses auf die neuen Industrien, die in England seit Beginn der Zollpolitik errichtet worden seien. Von zahlreichen ausländischen Firmen liefen dauernd Anfragen nach Errichtung von Fabriken in England ein, wodurch natürlich der Arbeitsmarkt günstig beeinflusst würde.

Uebergehend auf das Kontingentsystem, sagte Runciman, daß die deutsche Regierung ihren Druck in dieser Hinsicht weiter ausdehne, und sie habe jetzt das Einfuhrkontingent für englische Kohle weiter herabgesetzt. Die englische Regierung habe sich gezwungen gesehen, mit der deutschen Regierung in Verbindung zu treten und sehr schärf ihre Ansichten über die voraussichtlichen Auswirkungen auf den englisch-deutschen Handel auszudrücken. Er sei noch nicht in der Lage, Bericht über einen Fortschritt zu erstatten, der bisher beiden Ländern gemacht sei, und er könne nur sagen, daß der Meinungsaustausch zwischen beiden Ländern sich selbstverständlich auf einer sehr freundlichen Grundlage vollziehe.

Runciman sprach dann anschließend seine Besorgnisse darüber aus, daß in der Stahl- und Eisen-, in der Kohlenschiffs-, Maschinen- und Schiffbauindustrie noch keine Anzeichen eines Wiederaufschwunges zu erblicken seien und meinte, daß dies auch nur wieder zu erwarten wäre, wenn die Lage des Welthandels sich verbessere. Die englische Regierung gehe nach Ottawa mit der Absicht, den Handel innerhalb des englischen Weltreiches zu fördern, aber sie werde sich nicht ausschließlich von ihren Sympathien für das Weltreich etwa in dem Sinne leiten lassen, daß England von der übrigen Welt abgeschlossen werden sollte.

Weiter sinkende Ein- und Ausfuhr

Die deutsche Handelsbilanz schließt im März mit einem Ausfuhrüberschuß von 152 Mill. RM. gegenüber nur 86 Mill. RM. im Februar. Einschließlich der Reparationssachlieferungen, die je 11 Mill. RM. ausmachten, beziffert sich der Ausfuhrüberschuß für März auf 163, für Februar auf 97 Mill. RM.

In einzelnen ist die Einfuhr um 77 auf 364 Mill. RM. gesunken. An dem Rückgang sind die Rohstoffe mit 42 Mill. RM., die Lebensmittel mit 29 Mill. RM., die Fertigwaren mit 15 Mill. RM. beteiligt. Prozentual hat am stärksten die Fertigwareneinfuhr (um 20 v. H.) abgenommen. Bei den Rohstoffen beträgt der Rückgang 18, bei den Lebensmitteln 15 v. H. Soweit sich die Einfuhrgestaltung auf einzelnen Bezugsgebieten schon überblicken läßt, zeigt die Einfuhr — namentlich auch Großbritannien, ferner aus Frankreich, der Schweiz, den Vereinigten Staaten und Britisch-Indien — einen Rückgang, eine leichte Zunahme dagegen aus Sowjetrußland, den Niederlanden und Argentinien.

Die Ausfuhr betrug im März 516 Mill. RM., wozu noch für 11 Mill. RM. Reparationssachlieferungen kommen. Die Abnahme der Gesamtausfuhr gegenüber Februar beziffert sich auf 10 Mill. RM., wovon 6 Mill. RM. auf Fertigwaren und 4 Mill. RM. auf Rohstoffe entfallen. Zurückgezogen ist die Ausfuhr namentlich nach der Schweiz und Großbritannien, ferner nach China und Dänemark. Zugewonnen hat der Warenabsatz nach Frankreich, den Niederlanden und Schweden.

Vor neuen österreichischen Einfuhrverboten

Am Freitag fand ein Ministerrat statt, in dem der Präsident der Oesterreichischen Nationalbank, Dr. Kienbock, über seine Besprechungen mit der Bank von England wegen Verlängerung des noch 100 Millionen Schilling betragenden Kredites berichtete, sowie über die Verhandlungen mit der BIZ, deren Kredit an die Oesterreichische Nationalbank bereits mit einem Zinsnachlaß von 1 v. H. verlängert wurde. Ferner wurden handels- und finanzpolitische Fragen erörtert, die sich auf die in den letzten Tagen abgehaltenen Beratungen des handelspolitischen Ministerausschusses bezogen. Der Ausschuß bereitet die Grundlagen für mögliche Vorzugszölle und Einfuhrverbote vor.

Handelskammerpräsident verhaftet

Der Präsident der Athener Industrie- und Handelskammer und Generaldirektor der Griechischen Wein- und Spirituosen-Gesellschaft, Charilaos, der Direktor des griechischen Staatslaboratoriums Galapoulos und mehrere andere angesehene Industrielle und Großkaufleute sind verhaftet worden. Den Verhafteten werden große Unterschlagungen sowie Unregelmäßigkeiten bei dem Vertrieb von Weinträberspiritus und Melasse zur Last gelegt.

Amerika verschickt weiter Gold

An Bord des Amerikadampfers „Olympic“ trafen am Freitag in Cherbourg 46 Fässer Gold ein, die einen Wert von etwa 70 Millionen Franken darstellen. Das Gold ist für die Bank von Frankreich und eine Reihe anderer Großbanken bestimmt.

DIE AUFLAGE DER SAZ VERDOPPELT

sich, wenn jeder Leser auch nur einen neuen Abonnenten gewinnt!

Hast Du Deinen neuen Abonnenten schon gebracht?